

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ  
für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Preisproportio: drei  
Daus monatlich 2,00 Mark, durch die Post bezogen 2,20 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und  
Druck: Arbeiter-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, G.m.b.H., Halle, Berchtholdstraße 14.

Abzugspreis: 12 Gehloppentz 1. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 70 Gehloppentz 1. Millimeter im Textteil.  
Manuskripte zu richten nach Halle, Berchtholdstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Fernr. abdr.: Klassenkampf  
Halle. Kontaktperson: Commera & Print-Verl. Halle. Verlagskonto: Leipzig 1088 48 Reitz Str. Halle.

Einzelpreis 15 Bj.

Halle, Mittwoch, den 14. April 1926

6. Jahrgang \* Nr. 87

## Berschärfte Sachsentkrise der SPD.

Interner Briefwechsel der SPD. in der schwarzweißen Presse — Parteivorstand für die 23 — Eigene Kandidatenlisten und Spaltungsdrohungen der Rechten

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ und der „Dresdener Anzeiger“ veröffentlichen in ihren geliebten Nummern überaus wichtige Parteidokumente der SPD. Es handelt sich um den

Briefwechsel zwischen der Fraktionsmehrheit, den 23 Rechten und dem Parteivorstand.

Der Briefwechsel umfaßt die letzten acht Tage vor der geplanten Landtagsauflösung in Sachsen. Mit dieser Veröffentlichung haben die 23 Rechten erneut den Beweis geliefert, daß sie nicht davon zurückstehen, selbst ihre parteiinternen Dinge in schwarzweißen Satzenkreuzblättern zu veröffentlichen. Der „Dresdener Anzeiger“ und die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ sind dann auch voll von Lobes für die 23 Rechten und können nicht genug ihre staatspolitische Haltung und ihr offenes und mannhaftes Auftreten bewundern. Der gesamten Arbeiterschaft wird dieser Briefwechsel sehr interessant sein, nicht er doch ein bestimmendes Gesicht auf die Haltung des Parteivorstandes in der Sachsentkrise und zeigt er doch genau, wie wir immer behauptet haben, daß der Parteivorstand Fleisch vom Fleisch der 23 ist.

### Der Parteivorstand an die 23

Dieser Brief, von dem wir einen Auszug bringen, ist von Otto Wels unterzeichnet und an jeden einzelnen der 23 gerichtet worden. Es heißt dort:

„Wir legen den größten Wert darauf, daß bei der Abstimmung über diesen Antrag die Fraktion einmütig und geschlossen auftritt. Niemand wird die beherrschende Zustimmung gegen Organisationsentscheidungen, die einen Ausweggrund darstellen, verweigern können, wenn ein Teil der Fraktion die freiwillige Vereinstzung zur Auflösung des Landtages nicht will. Wird das Begehren des Landtages durch diesen Antrag der Vereinbarheit bis zum Herbst dieses Jahres verlängert, so bedeutet das, daß keiner, der daran mitgewirkt hat, seine Arbeitskraft der Partei erhalten kann. Damit würde der Partei auch für die Zukunft ein immenser Schaden zugestiftet werden. Wer wie Du so lange Jahre im politischen Leben steht und der Partei mit seinem Herzblut gedient hat, kann diesen Schaden für die Partei nicht wollen. Wenn Du aus der Überzeugung bist, daß die Mehrheit der Fraktion im Unrecht ist, so bitte ich Dich doch, denke an Jagna Auer, der der Mehrheit des Parteivorstandes sagte: „Ihr habt zwar Unrecht, aber Ihr seid die Mehrheit, darum muß ich mich fügen.“ Was Auer über sich gewinnen mußte, soll auch Dir möglich sein.“

„Ein immenser Schaden“, wenn die 23 aus der Partei ausgeschlossen werden müssen: Das ist die Meinung des Parteivorstandes. Es ist bezeichnend, daß Otto Wels ausgerechnet das Bild von Jagna Auer heranzieht. Auf diesen Fall angewandt, heißt es: Ihr habt Unrecht, aber Ihr seid in der Minorität. Daß Euch nicht herauszubringen. Man muß in einer Bewegung bleiben, um ihr die Spitze abzuwehren.

### Beihles Antwort an den Parteivorstand

Die USPD-Mitglieder werden beschimpft  
Im Auftrage der 23 hat dann wahrscheinlich Beihles einen Brief an den Parteivorstand gerichtet, aus dem wir folgendes entnehmen:

„Es ist vielleicht das größte Kapitel in dem ganzen Drama, das sich nach der Parteivereinigung nacheinander in Sachsen aufrollt. Bei der Verschmelzung mit der USPD brachten wir eine gut funktionierende Organisation und eine innerlich gefestigte Mitgliedschaft mit, die mich innerlich erfreute und stolz machte. Die Spaltung 1923 und der unelastische Zusammenstoß mit den Kommunisten riß uns auseinander. Die Koalitionspolitik im Reich war lächerlicher Angriffspunkt der Angriffsheer und der Gegner von einer USPD. . . Die Politik der tatsächlichen Parteileitung erweist sich als die Politik politischer Kinder oder hässlicher Menschen. Und wenn ich diese Politik der tatsächlichen Parteileitung seit den letzten Jahren keine verlieren lasse, dann frage ich mich immer erneut, ob es noch eine Ehre ist, in dieser sozialdemokratischen Partei zu sein.“

### Die 23 beschwören den Parteivorstand:

„Esst mir, dann kommt Ihr daran“  
In dem gleichen Brief verläßt dann die Fraktionsmehrheit die Gefahr aufzuzeigen, in der sich der Parteivorstand durch die Entfremdung befindet. Es heißt in dem Brief wörtlich:  
„Der Fehler hat man in letzter Zeit bei Euch von einer festen willenslosen Führung dieses Verfalls. Wenn ich daran denke, daß man zuerst nicht für Loslösung nehmen wollte und mit der Auflösung drohte, um dann plötzlich das Gegenteil zu tun, wenn ich mich entsinne, wie Beihles die Bahn für die Spaltung machte und man, doch in entscheidender Stunde den Mut

für diese Koalition nicht fand. Wenn ich endlich an die Verbindung mit den Kommunisten zwecks Herbeiführung eines Volksentseides über die Fraktionsauflösung denke und mir dabei bewußt werde, daß diese Aktion zu einer Niederlage (?) führen muß, wenn der Reichstag nicht durch Auflösung Euch vor einer solchen Beschäftigung, dann erkenne ich erneut, daß der klare, feste Wille, der auch Stimmungserregungen der Massen mit Energie entgegenzutreten verpflichtet ist, Euch mißlang erlangelt.“

Aber wie dem auch sein möge, daß Euch nicht über den Frieden, der auf andere Kosten in Sachsen errungen wird, kommt ich die Verantwortlichkeit zuzuschreiben und muß bei Tag kommen, wo Ihr an der Reihe seid, und ganz besonders Du, Otto (Wels), wirst schneller, als Du denkst, die Wirkung eines Sieges der Landesinstanzen zu spüren bekommen, wenn die politischen Koalitionsentscheidungen, die in Sachsen die Parteiführung in der Hand haben, mühen nicht jene Stempellose, politisch beengten, eingeschmornen Gegner jeder Verarmung und Koalitionspolitik sein, wenn sie nicht nach dem ersten großen Erfolg über uns auch gegen Euch sofort anzukämpfen wollten. Wer es noch nicht weiß, der lese nur einmal die tatsächliche Parteipresse in dem letzten halben Jahr.“

### Das Doppelpiel des Parteivorstandes

Feststellungen Wipinkis auf dem SPD-Bezirkskongress  
Wipinkis führte nach der „Leipziger Volkszeitung“ vom Montag, dem 12. September, folgendes aus:

„Auf die Einzelheiten des Sachsententseides brauche ich nicht einzugehen. Das Reklamieren des Fraktionsvorsitzenden Wipinkis, daß er dieser Lage in Geheimnis hielt, hat beweist, was wir bislang oft nur vermutet, aber nicht gewußt haben, daß der Parteivorstand die 23 vernachlässigt hat, die Koalition eingegangen und sie zum Verbleiben des öfteren angehalten hat. Wir haben das nicht mit Bestimmtheit gewußt, uns hat der Parteivorstand bei den Beratungen nie hiervon unterrichtet. (Woh! hört, hört!)  
Der Parteivorstand hat demnach ein Doppelpiel getrieben und ist demnach nicht verantwortlich für den Sachsententseide. (Beihles Zustimmung.)“

### Eine Ausdeutung der 23 Reagenen in Dresden

#### Der Kampf in den Gewerkschaften

Was schon jener Satz von Beihles, daß sich die 23 immer ernster fragen müßten, ob es noch eine Ehre sei, in dieser sozialdemokratischen Partei zu sein, ein klarer Wind dafür, daß die 23 Reagenen nicht davon zurückstehen, ihre Partei zu spalten, so wird das noch viel klarer durch eine Ausdeutung, die nur wenigen Tagen in Dresden stattfand, und die von den 23 Reagenen einsehender war. Die bürgerliche Presse berichtet darüber, daß dort ungefähr 500 Mitglieder und Funktionäre aus ganz Sachsen zusammengekommen seien.

Beihles führte u. a. aus, daß es bei der kommenden Landtagswahl zur Aufstellung einer besonderen Kandidatenliste kommen müßte.

Gleichzeitig hat sich, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden, der Gewerkschaftsausschuß der tatsächlichen Landesorganisation der freien Gewerkschaften an den Gewerkschaftsausschuß in Berlin gewandt, mit der Bitte, auf den Parteivorstand der SPD, dahin zu wirken, daß die sozialdemokratische Fraktionsminderheit keinesfalls als die alleinige Vertretung der tatsächlichen Arbeiterschaft angesehen werden kann. Die sozialdemokratische Fraktionsminderheit ist im Begriff, in Sachsen sich als Gesamtkraft zu konstituieren, da die Funktionen der 23 rechten Landtagsabgeordneten während des Ausschlußverfahrens bekanntlich zu ruhen haben. Der Berliner Parteivorstand wird durch die Öffnung der 23 innerhalb der Gewerkschaften nicht umhin können, in dieser Frage Farbe zu bekennen, ob die bereits von ihren Organisations ausgeschlossenen 23 Rechten ihre Funktion weiter ausüben dürfen oder nicht. Die Entscheidung dieser Frage wird der Wipinkis dafür sein, ob der Parteivorstand den Ausschluß der 23 befestigt oder nicht.

Was resultiert aus dem vorliegenden Material? Dieses Mal dürften die Gegenüber nicht mehr verkleistert werden. Alles muß unternommen werden, um an die Wurzel der Krise zu fassen. Diese aber ist die Koalitionspolitik. Den sozialdemokratischen Arbeitern wäre entzogen nicht, wenn nur die 23 Rechten ausgeschlossen würden und die Koalitionspolitik der übrigen SPD-Führer bliebe.

Es heißt also nur eine Lösung der Krise:  
Der gemeinsame Kampf mit den kommunistischen Arbeitern gegen jede Art von Koalitionspolitik mit dem Bürgertum, die Schließung einer roten Arbeitersfront, die erst imstande ist, siegreich vorwärts zu stoßen, bis sie ihr Werk feiert durch die proletarische Revolution.

## Sie heben gegen Sowjet-Rußland — und meinen die proletarische Einheitsfront

Halle, den 14. April.

Es ist eine alte Erscheinung, daß die sozialdemokratische Presse immer dann, wenn es den rechten SPD-Führern insofern der Dypostiker linker sozialdemokratischer Arbeiter sehr leicht geht, mit einer Rußland-Hege beginnt, um die rebellierenden Arbeiter von ihrem Weg, der die bürgerliche Koalitionspolitik der SPD bedroht, abzubringen.

Das „Volksblatt“, das ganz systematisch und bemüht alles unterschlägt, was irgendwie die 23 Rechten in Sachsen in den Augen der sozialdemokratischen Arbeiter herabsetzen könnte, das sein Wort bringt über die literale Kulturpolitik einiger sozialdemokratischer Führer in Baden, das all das verschweigt, was die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter in Hamburg gegen ihre rechten Führer vorbringen, das es nicht wagt, offen zu schreiben, daß in letzter Zeit zahllose Reichstagsmandatarien zu den roten Frontkampfern übergetreten sind aus Protest gegen die bürgerliche Politik in der SPD, dieses selbe „Volksblatt“ überhört sich gerade jetzt vor Hygiene in der Hege gegen Sowjet-Rußland.

Unter der führenden Schlagzeile „Jüngere noch mehr!“ lobt sich die „Volksblatt“-Redaktion gegen die „gelben russischen Gewerkschaften“ aus und setzt etwas von „Sowjetkapitalismus“. Es genügt, aus diesem völlig unpolitischen Zeug einige Stellen wiederzugeben. Da spricht man davon, daß sich kommunistische Dummheit im Quadrat vermehrt hat, die Berliner „Rote Fahne“ wird als „blauer Tannentapfen“ bezeichnet. Während jeder Arbeiter sich überlegen kann, daß die kommunistische Hege völlig falsch ist, um die beste Gewerkschaftspolitik im Interesse des Gesamtproletariats, behauptet das „Volksblatt“, wir demütigen die freien Gewerkschaften, „so ordnär wie ein Polkeispiegel“. Die „Volksblatt“-Redaktion trifft tatsächlich ihren Feiern das Wärgen auf, die Mitglieder der „gelben russischen Gewerkschaften“ müßten in allen gewerkschaftlichen Fragen bedingungslos gehorchen, sonst werden sie „wegen Auflehnung gegen das Sowjetjoch standrechtlich erschossen“. Das ganze Sowjetjoch — das kann genau so gut in der ersten besten Hofschmiedung stehen — sei nichts anderes als ein „Stempelwerk unethischer Staatsmänner“, die nur ihre Machtgier befriedigen, indem sie das arme Volk „unter die Krante zwingen“.

Wir glauben, daß jeder denkende sozialdemokratische Arbeiter einsehen wird, daß man sich mit diesen völlig unpolitischen Schmähsätzen nicht ernstlich auseinandersetzen kann. Es steht tatsächlich angesichts der ganz offenen Boswiltigkeit der „Volksblatt“-Redaktion jede Disziplinationsmaßnahme, ohne die nun einmal eine sachliche Aussprache nicht möglich ist.

Sowohl das „Volksblatt“ im Zusammenhang mit dieser hysterischen Hege gegen Sowjet-Rußland als einer Wirtschaftskrise in Sowjet-Rußland und von einem angeblichen Rechtsabstand für die Arbeiter spricht, haben wir sachliche Material an einer anderen Stelle in der heutigen Zeitungsnummer gebracht, ohne irgend etwas in Sowjet-Rußland zu befehlen.

Aber in diesem Zusammenhang liegt es uns daran, zu erfahren, ob die sozialdemokratischen Arbeiter wirklich einverstanden sind damit, daß ihr auf dem äußersten rechten Flügel der SPD stehendes holländisches Organ in dieser vorgerichteten Art und Weise immer wieder jede bietende Gelegenheit der Entwürdigung einer nationalen und internationalen proletarischen Einheitsfront zu Hülfe verschlägt.

Wir sind der Überzeugung, daß die Ereignisse der letzten Zeit sehr vielen echten sozialdemokratischen Arbeitern gezeigt haben, daß die Kommunisten nicht bloß von einer proletarischen Einheitsfront reden, sondern mit großer Begeisterung für diese Einheitsfront praktisch kämpfen. In vielen Einheitsfronten, in unzähligen Versammlungen zur Zeit des Volksbogens, in zahlreichen Gewerkschafts- und Gewerkschaftsversammlungen haben sich gerade in letzter Zeit die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter wieder besser kennen gelernt. Die gemeinsame praktische Arbeit hat, daran werden alle Beschimpfungen des „Volksblatts“ nichts ändern, die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter einander nähergebracht. Wir sprechen eine absolute Wahrheit aus, wenn wir sagen, daß zu keiner Zeit noch nach der Revolution ein so starkes Frängen aller Arbeiter vorhanden war, als eine wirklich kampfbereite Einheitsfront vom Boden des Klassenkampfes aus zu gelangen, wie gerade jetzt. Und nur in diesem Zusammenhang muß man die ständige Hege des „Volksblattes“ gegen die Einheitsfront zu würdigen verstehen.

Die Redakteure im „Volksblatt“, nämlich die jahrelang die Einheitsfront der Koalitionspolitik mit dem Bürgertum gemessen fand, die jahrelang die aller schlimmsten Rosta-Methoden gebilligt und mitgemacht haben, die jahrelang die kapitalistische Republik glorifiziert haben, ohne jemals zu sagen, daß eine bürgerliche Republik im Vergleich zur Monarchie nur jener bessere Kampfmittel für das Proletariat ist, auf dem der Entkampf zwischen Arbeit und Kapital geführt werden muß, diese Redakteure prägen die Kommunisten, prägen den Sowjet-Rußland, aber sie meinen in Wahrheit, als die grundrührigen Anhänger der Koalitionspolitik, den einheitlichen proletarischen Klassenkampf überhört.

Weil wir diese politische Grundidee, die Hege gegen alles, was wirklich proletarisch und revolutionär ist, sehr wohl kennen, deswegen fällt es uns auch gar nicht ein, über das hysteriische Getöse im „Volksblatt“ irgendwas sich moralisch zu entziehen. Im

Gegenteil: Je höherlicher die Leute im „Bolschewismus“ werden, desto ruhiger und jählicher werden wir unseren Weg zur Gewinnung der proletarischen Massen für den Klassenkampf fortsetzen.

Man täuscht sich im „Bolschewismus“, wenn man glaubt, daß die Beschlüsse von den Betrieben und Gewerkschaften heraus an einer kampfbereiten proletarischen Einheitsfront zu bauen. Trotz aller Stützungsversuche, diese Einheitsfront materialisiert, das wird unter anderem auch der diesjährige 1. Mai beweisen!

### Beabsichtigte Ueberrumpfung durch das Fürkentenkompromiß!

Die Rolle des „Demokraten“ Kütz und des „Reichsbannerkameraden“ Marx

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. April.

Auf Veranlassung des Reichsinnenministers Kütz fanden gestern im Reichstag Verhandlungen der Regierungsparteien mit der Wirtschaftlichen Vereinigung statt. Das beabsichtigte Fürkentenkompromiß der Regierungsparteien soll so abgeändert werden, daß auch die Wirtschaftliche Vereinigung diesem Kompromiß zustimmen kann. Die Wirtschaftliche Vereinigung soll sich bereits grundsätzlich mit den Regierungsparteien geeinigt haben.

Man gedenkt, bis zum nächsten Freitag den Geleitzug fertig zu haben, damit sich an diesem Tage das Reichskabinet damit beschäftigen kann. Dann soll schon in den ersten Tagen nach Zusammenritt des Reichskabinetts das Kompromiß durchgepeilt werden.

Den Verhandlungen wohnte auch der Reichsjournalist Kütz bei, der dazu gehört wurde, ob das Regierungskompromiß als vorläufiger Kompromiß betrachtet sei oder nicht. Zur Stellungnahme von Marx wie überhaupt über die ganzen Verhandlungen und Änderungen des Geleitzuges wird von den beteiligten Parteirepresenten strenges Stillschweigen gewahrt. Die wertvolle Bevölkerung soll überumpelt werden.

Daß die neuen Kompromiß-Verhandlungen zur Abwägung des Bolschewismus „freigetrübten Charakters“ waren, beweist nur, nach schiefen Gesichtspunkten die Fürkentenkompromiß ihrem Geheiß haben. Die Arbeiterfront muß den ganzen Kaufhandel verschlagen, ehe es zu spät ist. Sie hat es in der Hand, die schnellste Durchführung des Bolschewismus durchzuführen, wenn sie erkennt, daß von dieser Regierung, von diesem Reichstag und von diesen „Republikanern“ keine Volkstretung des Volkswillens kommen kann. In dieser Erkenntnis muß sich die Arbeiterfront selbst die Garantien und Zusagen schaffen, um jede Sabotage und Verhinderung des Volkswillens unmöglich zu machen. Deshalb heißt immer dringender das Gebot der Stunde:

### Bildet Einheitskomitees!

Das Einheitskomitee von Halle hat angesichts der Admirationsverträge durch die Luther-Regierung erneut ein Schreiben an das Gewerkschaftsamt geschrieben, um einen geschlossenen Kampf der gesamten Arbeiterschaft zu erreichen. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen erzwungen, daß alle Sabotagepläne in einheitlicher Front entgegengetreten wird durch die Zusammenfassung aller Arbeiterorganisationen in den Einheitskomitees.

### Protektionen gegen die Verkleinerung des Volkswillens

(Eig. Drahtm.) Solingen, 14. April.

Das Einheitskomitee zur Durchführung des Volkswillens und der Verwirklichung des KPD, hat die Arbeiterfront von Solingen und die Einzelnen zum Beschlusse für Donnerstag zu einer Protektionen gegen die Verkleinerung des Volkswillens und gegen die monarchistischen Provokationen der Nationalsozialisten einberufen.

### Allgemeine Arbeitsruhe, gemeinsame Demonstration am 1. Mai

(Eig. Drahtm.) Kempten, 14. April.

In Kempten ist es gelungen, zwischen der SPD, dem KPD, und der SPD, ein Übereinkommen, einer gemeinsamen Demonstration der gesamten Arbeiterschaft zustande zu bringen. Allgemeine Arbeitsruhe ist die Parole für den 1. Mai.

### Interpellation über den Ausnahmezustand in Bayern

Die kommunalistische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

Am Dienstag, dem 4. April 1926, wurde eine von der kommunalistischen Partei, Bezirk Südbayern, nach München einberufene Gemeindevorstanderversammlung, die zu den Fragen der bayrischen Gemeindepolitik Stellung nehmen sollte, durch die Polizei auf Veranlassung der Münchener Polizeidirektion gewaltsam aufgelöst, sämtliche 33 Teilnehmer verhaftet und erst am nächsten Tage wieder freigelassen.

Am Sonntag, dem 11. April 1926, wurde eine Bundesversammlung der kommunalistischen Partei Bayerns, die in Augsburg tagte und zu den aktuellen Fragen der bayrischen Politik, die Vereinfachung der Staatsverwaltung, Verschlechterung der Gemeindefinanz, Stellung nehmen sollte, auf Anordnung des Regierungspräsidenten von Schwaben-Memmingen durch die Augsburger Polizei gewaltsam aufgelöst, sämtliche 13 Teilnehmer wurden verhaftet, darunter der Reichstagsabgeordnete und zwei bayrische Landtagsabgeordnete, die erst nach mehreren Stunden alle wieder freigelassen wurden mit der Androhung erneuter Verhaftung, falls der Versuch gemacht werden sollte, die Konferenz fortzusetzen.

Diese zwei Fälle sind nur trübe Einzelfälle der gesamten bayrischen Politik gegenüber der kommunalistischen Partei in Bayern. Jede öffentliche Tätigkeit der Kommunisten soll auf diese Weise lahmgelegt werden.

Nach wie vor werden alle öffentlichen Versammlungen, die von Kommunisten einberufen werden und aus Mitgliedererklärungen der kommunalistischen Partei nicht ausbleiben werden und unzulässig gemacht. Wichtig die Reichsregierung dieses verfassungswidrige Vorgehen der bayrischen Polizeibehörden oder gebietet sie endlich Schritte zu ergreifen, um die laut Reichsverfassung allen deutschen Staatsangehörigen zuzehörende Versammlungs- und Versammlungsfreiheit auch in Bayern zur Geltung zu bringen?

### Die Führer des geistlichen Militärauskandes des KPD verurteilt

München, 13. April.

Das außerordentliche Landesgericht verurteilte die Führer des KPD, die Obersten Dienststellen des Militärauskandes, zum Tode und haben weitere Angehörige zu Freiheitsstrafen.

### Ausgerechnet Sozialdemokrat!

Wir haben erst gestern zu der reaktionären Scham- und Kulturpolitik der böhischen Sozialdemokraten Stellung genommen. Folgendes Ständchen ergänzt die gestrigen Mitteilungen.

In Baden-Schönau vom Jahre 1905 für eine Anweisung für die Sozialdemokraten der Reichstagsfraktion, die den Sozialdemokraten der Reichstagsfraktion gelten konnte. Was Gramd dieser

## Im Zeichen des Locarno-Friedens

Washington. Die amerikanische Flottenliste veröffentlicht ein Dokument mit zahlreichen Kritiken an dem von der englischen Admiralität veröffentlichten Vorschlag. Die Flotte weist darauf hin, daß in der amerikanischen Flottenliste eine gewisse Anzahl amerikanischer Kriegsschiffe aufgeführt werden, die tatsächlich außer Betrieb sind. Die Flotte weist darauf hin, daß die britische Flotte die zweite der Welt sei, weil sie 103 Einheiten mehr besitze als die amerikanische, sei unzureichend; denn tatsächlich verfügen die amerikanischen Kriegsschiffe über eine geringere Gesamtanzahl von Einheiten als die englischen. Das Dokument stellt fernerhin fest, daß sich die britische Flotte in der letzten 25 Jahren nur erweitert, in England dagegen 150 000 Tonnen (was bekanntlich MacDonald nicht abhört, während als Störenfried des Friedens hinzustellen).

Rom. Der „Popolo di Roma“ gibt eine Uebersicht über die Neubauten die zuerst auf den italienischen Werften ausgeführt werden. Es handelt sich um den Bau leichter Kreuzer, „Tribi“ und „Trento“ und außerdem um Torpedoboote und Unterseeboote. Vier Hochseetorpedoboote haben eine Wasserdrängung von 2200 Tonnen, sind mit vier Kanonen (Kaliber 120) besetzt und haben 35 Seemeilen Geschwindigkeit. Vier andere Torpedoboote werden 1900 Tonnen, haben die gleiche Besetzung und die gleiche Geschwindigkeit. Vier andere Torpedoboote haben 1400 Tonnen Wasserdrängung, vier Geschütze und 30 Knoten Geschwindigkeit. Dazu kommen vier Unterseeboote von 1400 Tonnen, mit einer Geschwindigkeit von 18,5 km. 10 Knoten über oder unter Wasser und acht Unterseeboote von 830 Tonnen.

Paris. Das französische Reichsamt veröffentlicht eine amtliche Meldung, daß nach Nationalverteidigungsbudget von 3 Milliarden 800 Millionen Franken ins Auge gefaßt worden ist. Das Nationalverteidigungsbudget ist unter dem Einfluß der hohen Generalität ein umfassendes militärisches Reformprogramm vor.

### Die Antwort der Arbeiterklasse: Streik in den französischen Kriegswerkstätten

Der „Matin“ meldet aus Marseille: Das 3000 Personal der Kriegswerkstätten in Marseilles hat am 14. April in Marseille eine Stunde vor Arbeitsbeginn die Arbeit eingestellt, um eine Lohnvermehrung zu bewirken. — Nach einer Meldung des „Matin“ aus Bourges wurden die dortigen Kriegswerkstätten gestern nachmittags von den Arbeitern verlassen. Die Angehörigen und Arbeiter haben durch die Straßen gezogen, um für Lohnvermehrungen zu demonstrieren.

### Militärische Manöver der Stahlhelmer trotz Dementis

Während der Osterferien hatten wir festgestellt, daß nicht nur in Mitteldeutschland militärische Übungen des Stahlhelms stattfanden, sondern daß diese in ganzen Reich durchgeführt wurden. Jetzt wird uns mitgeteilt, daß in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag in der Gegend Hofthal-Neudorf bei Mühlhausen militärische Übungen reaktionärer Verbände durchgeführt worden sind. Am Sonntag früh haben wieder in den Gegendorten der Stahlhelmer Heide Manöver monarchistischer Organisationen stattgefunden. Kadettenkorps teilten mit, daß kein Fremder die Übungen beobachten konnte. Die herrliche Gegend, die die Gegend durchkreuzte, war jedoch vollkommen öfentlich und bemerkte von den militärischen Übungen nichts.

Im Zusammenhang damit kann man erfahren, was vor solchen „Verhandlungen“, wie die uns dieser Tage von der holländischen „Hauptstelle der Technischen Akademie“ eingeleitet, daß diese Streikbrecherkolonne zu den Stahlhelms-Manövern keine Lust hat, zu halten ist.

### Ein vernichtendes Urteil der „Leipziger Volkszeitung“ über den „Vorwärts“

„Stamper — ein Heißer der katholischen Kirche“

In der Sonnabend-Ausgabe der „Leipziger Volkszeitung“ wird eine Aufschrift über das Zentralorgan der SPD veröffentlicht, die typisch dafür ist, wie die sozialdemokratischen Arbeiter über den „Vorwärts“ denken. Wir drucken es wörtlich ab:

„Man kann den „Vorwärts“ nicht als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei bezeichnen, auch wenn er diesen Titel noch trägt. Höchstens kann man reden von einem Zentralorgan der reaktionären Partei.“

Als Zentralorgan müßte er Hüter der Demokratie in der Partei sein. Der „Vorwärts“ hält es aber mit denen, die sich frech über die demokratischen Grundgesetze hinwegsetzen. Als Zentralorgan müßte der „Vorwärts“ Hüter der sozialistischen Grundgesetze sein. Hier vertritt er nicht die Interessen der Arbeiter, sondern die Interessen der „Neuen Zeit“ befähigt. Zu der habsburgischen Vergangenheit in Baden nimmt der „Vorwärts“ als Zentralorgan keine Stellung. Man spürt, wie dem „Vorwärts“ die Rolle eines Organs der sozialdemokratischen Partei höchst unbehaglich ist. Am liebsten möchte er „Höfliche Zeitung“ oder „Germantag“ sein. Das Zentrum, die gewerkschaftliche Partei, deren Unternehmungsminister Haselnde erst kürzlich höhere Stelle verlangt hat, hat im „Vorwärts“ einen lieben, guten Freund. Ueber den letzten Parteitag des Zentrums berichtete der „Vorwärts“ fast so, als ob es sich um eine Tagung der sozialdemokratischen Partei handelte. So, was tut man nicht alles, um sich die Gunst des in Preußen allmächtigen Zentrums zu erhalten. Die Artikel zur Schulgesetzgebung des „Vorwärts“ bewegen sich in gleicher Linie. Was die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten verlangt hat, wird über Bord geworfen. Der Wille des Zentrums ist einigen „staatspolitisch orientierten“ Sozialisten, die den „Vorwärts“ macht das mit — als Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei. Dafür werden seine Redakteure auch demnachst von der katholischen Kirche seligsprechen werden. Stamper wird bestimmt ein Heißer der Kirche. Dem Verdienst seine Krone!“

Die hier weitergegebene Meinung über den „Vorwärts“ deckt sich durchaus mit unserer Meinung. Wir haben an ihr nichts auszusetzen. Nur ist es unerträglich, wie die reaktionäre „Volkszeitung“ dem „Vorwärts“, der doch das Organ des Parteivorstandes ist, Sätze gegen die 23 Parteien erwarzt. Es heißt, eine demagogische Demagogie betreiben, wenn man, wie das die „Leipziger Volkszeitung“ nun, einerseits ein solch vernichtendes Urteil gegen den „Vorwärts“ abgibt und andererseits seinen Lesern vorredet, daß der Parteivorstand in allen wichtigen Fragen auf Seiten der linken sächsischen Arbeiter stehe. Die sächsischen Arbeiter werden bald genug erkennen, daß der Parteivorstand der SPD, und daß der „Vorwärts“ nicht ihre Bundesgenossen sind, daß dies allein die kommunistischen Arbeiter sind, und daß die reaktionäre Demagogie Kampf gegen alle Arbeiterfeinde, auch im eigenen Lager der SPD, die Arbeiterschaft vorwärts bringen kann. Dazu gehört allerdings auch der Kampf gegen die unklare Haltung der „Leipziger Volkszeitung“.

### Ausgerechnet Sozialdemokrat!

Wir haben erst gestern zu der reaktionären Scham- und Kulturpolitik der böhischen Sozialdemokraten Stellung genommen. Folgendes Ständchen ergänzt die gestrigen Mitteilungen.

In Baden-Schönau vom Jahre 1905 für eine Anweisung für die Sozialdemokraten der Reichstagsfraktion, die den Sozialdemokraten der Reichstagsfraktion gelten konnte. Was Gramd dieser

Anweisung wurden im Dienst ergriffene Beamte wie kleine Schindlinge behandelt wurden, indem ihre „Kontingenzen“ mit Ziffern angesetzt und das Ergebnis schließlich in einer Gesamtliste publiziert worden, wobei einzelne Schätzungen dieselben auf nicht weniger als drei Dezimalstellen ausreichten. Während des Krieges, im Jahre 1915, wurde diese Anweisung durch besonderen Erlass außer Kraft gesetzt.

Seit dem 1. Dezember hat Baden einen neuen Unterrichtsminister. Es ist der Sozialdemokrat Kemmel. Unter seinem Namen erscheint jetzt, im Jahre 1926, eine Verordnung, in der folgendes erklärt wird:

Die Verordnung von 1915 sei „mit Ablauf des Krieges außer Kraft gesetzt. Die Prüfungen sind daher (?) wieder gemäß §§ 1 ff. der Verordnung desormaligen Großherzoglichen Oberbaurats vom 12. Dezember 1905 abzuhalten. Eine solche Stellung hat selbst der demokratische Vorgänger Kemmels nicht fertig gebracht. Hinter dieser sozialdemokratischen Wendung verbirgt sich ein Heinrich Schulz.

### Weitere Anschlüsse von Rechten aus der SPD

(Eig. Drahtm.) Dresden, 14. April.

Der Bezirksvorstand der SPD, Sachsen hat gestern beschlossen, die rechtssozialistischen Abgeordneten, den Dresdener Polizeipräsidenten Kühn, den sächsischen Innenminister Müller, den sächsischen Ministerpräsidenten Heß, den Landtagspräsidenten Winkler, den Fraktionsführer Witt und die anderen Abgeordneten Langhoff, Schenkner, Kästel, Wehse, Casan, Gölzner, Günter (Kanton) und Frau Winkler wegen großer Verdienste gegen die Grundzüge des Parteiprogramms aus der Partei auszuscheiden.

### Eine Niederlage der Thüringer Klassenjustiz

(Eig. Drahtm.) Berlin, 14. April.

Der „Vorwärts“ berichtet aus Rastatt von einer Niederlage der Thüringer Klassenjustiz. Der Gemeindevorstand und ehemalige Polizeihauptmann Wöhr, Mitglied der SPD, war wegen angeblicher Bedrohung einiger schulpflichtiger Studenten im November 1923, in den Tagen des Stillstands, zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden. In der Berufungsverhandlung wurde er jetzt freigesprochen.

### Die Ursache der Eisenbahn-Katastrophen

Die Reichsbahndirektion Offen hat folgendes Rundschreiben erlassen, das seines Kommentars bedarf:

„Es muß jedem Bediensteten mehr als bisher bewußt sein, daß die im Laufe der Reichsbahn nicht zulässig, für jeden berechtigten Bediensteten einen vollen Genuß bereitzustellen (§ 22 des LdB. betr. Erholungsurlaub für Arbeiter). Die Bediensteten müssen sich also gegenseitig vertreten und den Dienst des berechtigten Kollegen und Mitarbeiter mit übernehmen, soweit dieses nach Lage der Dienstverhältnisse möglich ist. An manchen Stellen werden auch sogenannte Arbeitsdienstpläne aufgestellt werden können, und zwar dann, wenn die ermittelte Arbeitszeit nicht heranzreicht, und daher Minderleistungen vorliegen.“ (Ausführungsbestimmung § 3 der DDB.)

Ob während der günstigen Jahreszeit über die Minderleistungen eintrifft, und daher eine Steigerung der zulässigen Arbeitszeit möglich ist, wird, dürfte besonders jetzt herzustellen sein. Sodann ist unangelegentlich zu vermeiden, auf eine Herabminderung der Zahl der Ertränkungen hinzuwirken. Wenn Lohnbedienstete sich wiederholend krank melden und der Krankendienst des Dienstverwalters nicht mehr genügen sind und daher auf Anweisung des Arztes nur leichte Beschäftigung verrichten dürfen werden nach Lage der jetzt obwaltenden Verhältnisse in dem bisherigen Umfang nicht mehr beibehalten werden können, zumal es ohnehin schwer fällt, die vielen Kriegsschädigten und Unfallbediensteten, die in erster Linie an solchen Verletzungen erkrankt sind, ihren Dienst zu befähigen. Es wird darauf zu dringen sein, daß jeder Bedienstete sich bei der Krankmeldung dem Dienststellenleiter oder zu stellen hat, soweit die Art der Erkrankung dieses zuläßt.“

Dieser Satz wird mit folgendem Zusatz den Eisenbahnern zur Kenntnis gebracht:

„Vorübergehende Verfügung allen Bediensteten zur Kenntnis und Befolgung. Bei Erkrankung haben sich alle Bediensteten, soweit die Art der Krankheit dieses zuläßt, persönlich bei mir krank zu melden.“

### Imperialistischer Frieden in Marokko

Annexion des Rigegebietes

(AU) London, 12. April. Wie der „Daily Express“ aus Tanger berichtet, sind die Streitigkeiten im Rifkrieg auf allen Fronten eingeleitet worden. Die Befehlungen werden in Anbetracht der bevorstehenden Friedenskonferenz am Donnerstag in Dubja ausgetauscht werden.

Wie die „Westminster Gazette“ berichtet, verläuft in diplomatischen Kreisen, daß die Friedensbedingungen der bevorstehenden Friedenskonferenz zwischen den französischen, spanischen und Rifvertretern folgenden Inhalt haben werden: 1. Anerkennung der Oberhoheit des Sultans von Marokko durch Abd el Krim. 2. Vollkommene Enttarnung des Rif. 3. Ripolizei unter europäischer Leitung. 4. Militärische Besetzung strategischer Punkte im Rifgebiet durch Frankreich und Spanien. 5. Eröffnung der fruchtbarsten Täler südlich der Merga.

Die Vertreter Abd el Krims erklärten, daß die erste Bedingung erfüllbar, aber die völlige Enttarnung der Sultane und auch die übrigen Friedensbedingungen nicht erfüllbar seien.

Diese Friedensbedingungen laufen praktisch auf eine Annexion des Rigegebietes durch den französischen Imperialismus hinaus. Demnachst werden die Friedensverhandlungen auch unter der Drohung einer neuen Offensive geführt werden.

### Panislamische Konferenz in Kairo

(WTA) Paris, 13. April. Wie der „Newport Herald“ aus Kairo berichtet, hat der Leiter der Imperialisten in Kairo für den nächsten Monat eine große panislamische Konferenz einberufen, die über die Befreiung des Riflands beraten soll. Zur Teilnahme sind u. a. aufgefordert worden Abd el Krim, der Sultan von Marokko, der König von Ughas und Ibn Saud, der Schah von Persien.

### Der Faschismus will die ganze Bevölkerung uniformieren

Rom, 13. April. Nachdem die öffentlichen Autos und Wagenführer und die Schulpflichtigen eine Uniform erhalten haben, wurde jetzt bestimmt, daß im Zukunft alle, die in Rom auf öffentlichen Straßen verkehren, die Uniform des Faschismus anziehen müssen. Dieser Faschismus mit hohem Krage tragen müssen, der bis zum Knie reicht und stets geschlossen sein muß.

Es sollte uns nicht wundern, wenn demnächst die italienischen Arbeiter ein ähnliches Krage mit dem Faschismus — das Herrschaftszeichen des Faschismus — zu tragen hätten.

# Neues vom Tage

### Der Deutsche fürchtet nichts auf der Welt als Gott und — die Frau!

Die „Pöbelige Zeitung“ bringt in ihrem gefirchten Vortragsstück das Gemeindefürsorgegesetz folgende ergötzliche, überaus zugehe Stelle:

„Da ich ein Mann ward, tat ich ab, was finstlich war.“ Kindlich ist es immer, wenn man das Kind mit dem Bilde ausfüllt. In Amerika regiert die Frau über den Mann. Sie trinkt gern starken Kaffee und Tee, also muß es der Mann auch tun. Die Deutschen sind nun nicht so weit, daß wir uns von Frauen regieren lassen. Wir trinken und lieben sie, aber der Alkohol blieb bisher Sache des Mannes, und Männer haben über dessen Sein und Bleiben zu entscheiden, und nicht Männer und Frauen, wie es ein jüdisches Gemeindefürsorgegesetz haben will.

Dah — Furor teutonice! Wir oft muß der Weisheitslehrer Dr. Robert Stern, München, unlangst von seiner Ehehälfte aus „männlichen“ Bierfrühstunden gerissen worden sein, er mit

solch männlichen Mut und Eifer gegen die Frauen weiter! Wenn Nachsichtigkeit löten würde . . .

### Die Kriegsergeben entwirrt werden können

Aus Westlich in Serbien wird folgender Bericht gemeldet: Anlässlich eines häuslichen Streites zwischen einem Ballantrieger und seiner sehr temperamentvollen Gattin war die wütende Ehefrau auf den Boden und bemerkte, daß der König wohl keine anderen Sorgen gehabt hätte, als einen solchen Jähzorn mit ihrem Mann zu bekämpfen. Das hat natürlich die Kriegerehre tief verletzt, so daß der Mann Anträge gegen seine Gattin erstattete. Der Gerichtshof hat in diesem Falle die Ehefrau ernt und verurteilte die Ehefrau wegen Verletzung des Königs Ehrens zu drei Jahren Gefängnis. Der Prozess hat daraufhin die entweichenden Deden wieder „neu“ eingeweicht.

Ob solche Dinge nicht auch in Deutschland möglich sind? Der gefährliche Tod

Vor einigen Wochen mußten amerikanische Zeitungen von einem unheimlichen Schicksal zu berichten, der in Omaha, einer Stadt

in den Vereinigten Staaten Nordamerikas, tagtäglich Bürger niederlag, ohne daß die Polizei glückte, des Mörders habhaft zu werden. In all den vielen Fällen war niemals eine Detonation zu hören. Derzeitlich wurde die Polizei den Mörder, schließlich gefasst wurde eine hohe Belohnung ausgeschlagen.

Der gefährliche Tod  
Ein französischer Gerichtshof hat entschieden, daß der Ehegatte das Recht hat, seine Frau zu züchtigen, wenn sie sich ohne seine Erlaubnis einen Substitut schmeißen läßt.

# Wahlanzeige: MARGARINE

## Veranstaltungen der SPD.

**Unterstützt das Gesamtdeutsche. Christentum Telephon Nr. 527**  
**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 18. April, abends 8 Uhr, im Lokal Neue Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Baumgarten, Döhlitz.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 15. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 17. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“. Mitglieder-Versammlung Sonntag, 18. April, abends 8 Uhr, im Gemeindefürsorge. Mitglieder-Versammlung Sonntag, 14. April, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 15. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 16. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 17. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 18. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 20. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 21. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 23. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 24. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 17. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 18. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 19. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 20. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 21. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 22. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 23. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 24. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 25. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 26. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 27. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 28. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Wittenberg.** Mitglieder-Versammlung Sonntag, 29. April, abends 8 Uhr, im „Eisenbahn-Wald“. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

**Hohenmölsen**  
Am 17. und 18. April gibt der Jugendrat der Halle u. a. Körperübungen abends 8 Uhr, im Gasthof zum Stern. Lagerung. Stellungnahme zum Parteiparagrafen und Wahl der Delegierten. Referent: Genosse Heide.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt  
urn:nbn:de:gbv:3:1-17113370-16691561019260414-13/fragment/page=0003

DFG

Zum Anfall der Vertreterwahl im Bezirkskomitee der Weibensel

32. Pol. Wir brauchen gestern die Meldung im 'Klassenkampf' vom Anfall der Vertreterwahl im Bezirkskomitee der Weibensel...

Diese äußeren Umstände lassen uns die Niederlage bei den Vertreterwahlen des Kommunistischen Weibensel...

Voraussetzungen wäre, daß eine Reihe von Bedingungen bereits anzuführen sind, die zurzeit unterdrückt werden...

Was also sind die wirklichen Ursachen, und wo muß der Fehler bei der Ausübung dieser Schritte in Weibensel angelegt werden?

1. Unsere Genossen im Komitee des Unterbezirks Weibensel waren von vornherein ihres Sieges und Erfolges bei den Vertreterwahlen sicher...

2. Am Tage vor und am Tage der Wahl waren eine Anzahl Parteifunktionäre durch Parteieinrichtungen abwesend...

3. Wie in einer Reihe anderer Orte in Deutschland, so haben auch unsere Weibenseler Genossen während der Vorbereitungen die Anstellung...

Was den letzten Punkt anbetrifft, so werden von gewisser Seite bereits Stimmen der Umwälzung im Weibensel...

Genau hatte unsere innerparteiliche Diskussion die Parteifunktionäre praktisch belehren und gewisshaftermaßen müssen und nicht...

Retradieren wir von diesem politischen Gesichtswinkel aus das Wahlergebnis...

Zur Lage in unserer Partei

Der Kampf gegen den Imperialismus ist eine der Hauptaufgaben der Kommunistischen Internationale...

Die Kommunisten sind keine Pazifisten. Sie erklären nicht nur die Berechtigung, sondern die Notwendigkeit des Aufstandes der Ausgebeuteten...

Im Gegensatz zu den imperialistischen Staaten treibt der Arbeiter- und Bauernrat Sowjet-Rußland eine Politik des Friedens...

Warum schreiben wir diese Selbstbehauptungsdienste? Nicht nur, weil die imperialistischen Staaten die imperialistische Politik verfolgen...

„In der Zeit beginnen neuen Periode ändert sich das Bild.“

Stimmungen zwischen der Kommunistischen Weltpartei und Sowjet-Rußland.

Mit anderen Worten: Die Kommunistische Weltpartei muß den Kampf gegen Sowjet-Rußland führen...

Die Übertragung dieser neuen Politik des Friedens und der Verteidigung der Demokratie...

Drei Behauptungen in einem Satz, drei Fälschungen und drei Lügen. Wir wollen uns heute nur mit den Vereinigten Staaten von Europa befassen...

Was die Kommunistische Partei hier in jahrelangen Kämpfen erobert hat...

Die Kommunistische Partei wird trotz dieser hemmenden Vorwärtschreiten...

„Die Internationale“ Nr. 7

Aus dem Inhalt: Der Welt von Locomo in Genf; Preis der Zeitung; Die Welt der Bourgeoisie...

Wirinea

Roman von Lydia Seifullina
Sie hatte durchs Fenster Weibensel erblickt.
„Endlich hat er sich beigegeben! Er kann noch einen Fuß vor den andern legen.“

„Des Tabaks wegen haben Sie den Mann einen so weiten Weg gehen lassen!
„Sie schätzte den Kopf.“
„Ein unangenehmes Gesicht haben diese Herrschaften.“

„Kings umgeben von den zum erstenmal durch die Sprengung aus ihrer Ruhe gerissenen Hügel lag die ungenau, äppig trübsale Steppen.“

Die Wachstum-Schwierigkeiten der Sowjetunion

Nach einem Referat des Genossen Syrom, Vorsitzenden des Rates der Volkswirtschaftler

Wir werden diesen Bericht anschlüsseln, um zu zeigen, wie die Sowjetwirtschaft, deren Schwierigkeiten an ihrem Wachstum entstehen, durch Maßnahmen der sozialistischen Planwirtschaft dieser Schwierigkeiten im Interesse der Arbeitenden Herr wird im Gegensatz zur kapitalistischen Anarchie, die in Krisen herabtaucht.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Sowjetunion gegenüber bei ihrem Aufbau zu kämpfen hat, stellen sich ungefähr am Ende des vorigen Jahres heraus. Der Ausgangspunkt datiert von August-September 1925, d. h. von der Realisierung der weitgehenden Wirtschaftspläne, die durch die Perspektiven einer glänzenden Ernte in Aussicht gestellt worden waren.

Das Wachstum der industriellen Produktion hatte im letzten Jahre die Erwartungen übertraffen: an Stelle der erhofften Steigerung der Produktion um 90 Prozent nahm diese um 68 Prozent zu. Ungeachtet der mangelnden Ernte der Getreidekulturen wies auch die Landwirtschaft ein überraschendes Wachstum auf. Die Gesamtproduktion der Landwirtschaft wuchs 1924 fast um 8 Prozent im Vergleich zu 1923. Insgesamt stieg das Gesamtniveau der Entwicklung der Produktivkräfte des Landes, aber neben diesem Wachstum der Landwirtschaft, der Industrie, des Transportwesens (die Eisenbahnfrachten bilden etwa 63 Prozent gegenüber 1913), stellte sich ein „Loch“ auf dem Gebiete des Außenhandels ein. Die Ausfuhr erreichte 1924/25 etwa 2,25 Mrd., die Einfuhr 8,1 Prozent von 1913. Dieses Zurückbleiben des Außenhandels, das eine Folge der ungenügenden Getreideernte war, signalisierte bereits eine gewisse Gefahr für das kommende Jahr. Das schlimmste Wachstum der Produktion im Vergleich mit den Ausfuhrzahlen war eine gute Ernte hatten bei vielen die Überzeugung geweckt, daß man auch in diesem Jahre denselben Sprung vorwärts würde machen können wie im Vorjahre, — und das spielte sich in der Auffassung des Wirtschaftsplanes für 1925/26 wider. Der Fehler stellte sich bald heraus.

Die Getreidebeschaffung weist seit dem September systematisch ein Minus auf. Im September sollten 100 Millionen Rubel beschafft werden, es wurden aber nur 88,2 Millionen eingebracht; im Dezember kamen an Stelle der geplanten 70 Millionen 53,1 Millionen ein. In den ersten zwei Monaten 1926 ist ein Ueberziehen des Planes zu verzeichnen. Der Gang der Getreidebeschaffung zwang, den Jahresplan zu revidieren und ihn enthält der in Aussicht genommenen 780 Millionen Rubel auf 600 Millionen, d. h. um 180 Millionen Rubel zu reduzieren. Dieser Rückgang der Getreidebeschaffung im Lande hatte einen erheblichen Effekt auf den Export nach dem Auslande und also auch eine Einschränkung der Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen, Rohstoffen und Industrieprodukten zur Folge.

Noch unglücklichere Erscheinungen stellten sich auf dem Markt der Industriewaren ein. Der wachsende Warenmangel des fachen Landes, der neue Wirtschaftsaufbau, die wachsenden Bedürfnisse und die steigende Lebenshaltung der Arbeiter- und Bauernmassen stellen Forderungen an die Industrie, die sie nicht zu befriedigen vermag. Die Industrie und die Einfuhr erwiesen sich außerstande, die Nachfrage der Bauernschaft nach Industrieartikeln zu befriedigen. Infolge des Warenmangels und der schiefen Distribution des Detailverkaufs im Detailhandel trat ein Unterschied zwischen den Bedürfnissen und den Grundbedürfnissen der Staatsindustrie.

Der Mißerfolg der Getreidebeschaffungslamagne brachte also das Ministerium der Export-Import-Affären mit sich. Der Plan des „Rates für Arbeit und Arbeitelbündung“, der sich ursprünglich auf 1.105.151 Tausend Rubel für Exportzwecke, mit 1.009.678 Tausend Rubel für Import einschloß, entsprach nicht den Ressourcen des Landes. Die Wirtschaftsorgane hatten aber ihre Arbeit begonnen in der Orientierung auf diesen Plan. Der ursprüngliche Plan mußte nach zweimaliger Revision Ende Januar auf 720 Millionen Rubel für den Export und 684 Millionen Rubel für den Import reduziert werden. Da man auf eine größere Ausfuhr geordnet hatte, so wurden große Käufe im Auslande getätigt, so daß es an Mitteln für die Zahlungserfüllungen gebrach. Man mußte also die Zahlungserfüllungen anstreifen, um die Zahlungen im Auslande zu gewährleisten. Neben diesen Erscheinungen, dem Wachsen der Preise für landwirtschaftliche Produkte und Industriewaren, neben der positiven Bilanz des Außenhandels, der Anspannung der Ressourcen der ausländischen Wäutze und der Goldreserven stellten sich ungeliebte Erscheinungen auf dem Gebiete der Geldzirkulation innerhalb des Landes ein, die in der sinkenden Kaufkraft des Rubels und der zunehmenden Nachfrage nach Gold und fremder Wäutze ihren Ausdruck fanden. Angesichts einer Inflationsgefahr mußte das Finanzministerium seine Aufmerksamkeit lenken auf das Halten der festen Wäutze. Dazu wurden bereits Maßnahmen gegen die Ueberhennung mit Papiergeld ergriffen, die Kreditierung der Handelsorganisationen wurde eingeschränkt und die Kreditierung der Industrie und anderer Zweige der Staatswirtschaft trappgehalten.

Der Knotenpunkt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten ist also der Warenmangel. Die Kaufkraft der Bauernschaft ist beträchtlich gestiegen. Nach Befriedigung der landwirtschaftlichen Steuern bleibt in diesem Jahre bei der Bauernmasse nach der Realisierung der Getreideernte ein Ueberfluß von 500 Millionen Rubel übrig. Obwohl die Industrieerzeugung um mehr als 20 Prozent gegen das Vorjahr gewachsen ist, so hat die Stadt selbst den Konsumteil dieser Produktion verfehlt, und das fache Land hat zu wenig abgenommen. Das Hilfsmittel der vorhandenen Schwierigkeiten liegt in der Einkalfung der Industrie und der Steigerung der von ihr produzierten Warenmenge. Damit die Industrie in dem Tempo entfaltet werden kann, wie es von den Interessen der Gesamtwirtschaft diktiert wird, sind bedeutende Investitionen für technische Verbesserungen, Anschaffungen, Reparaturarbeiten und Neubauten erforderlich. Im Herbst vorigen Jahres war geplant gewesen, etwa eine Milliarde für den industriellen Aufbau zu investieren. Entsprechend der Reduktion der übrigen Wirtschaftspläne zeichnet man gegenwärtig mit einer Investition von 800 Millionen Rubel. Damit eine Inflationstendenz des Landes haften kann, ist es notwendig, daß das Tempo der Industrieentwicklung bedeutend beschleunigt wird. In diesem Jahre wird am ersten Male in den letzten Jahren der Revision ein Fonds für Neubauten von Betrieben verwandt. Was rechnet man damit, daß die Produktion in diesem Jahre nicht (wie im Vorjahre) um 60 Prozent zunehmen wird, aber eine Steigerung von 35 bis 40 Prozent ist wahrscheinlich. Die ganze Wirtschaftspolitik der Sowjetunion geht dahin, mit

allen Geboten der zur Verfügung stehenden Kräfte die Industrialisierung zu forcieren und somit der vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden.

Daß bei dem wirtschaftlichen Fortschreiten der Sowjetrepublik kleine Rückschläge und unvorhergesehene Schwierigkeiten entstehen können, das haben unsere russischen Genossen weder gelernt noch wir bisher verheimlicht. Der letzte Krisenfall aber, das ist in unserem Zusammenhang die wichtige Feststellung, hat seinen Höhepunkt schon überschritten. Vor allem ist es eine Frage, daß in der Sowjetunion in Folge der Krise Fabriken stillgelegt und Arbeiter aus Mangel geworfen werden. In den Fällen, wo es notwendig wurde, die Betriebe für niedrigen Lohn einzustellen, bekam die Bevölkerung einen vierzehntägigen Urlaub bei voller Gehaltsauszahlung.

Der Ueberwogen steht nach einigen leichten Schwankungen fest. Das wird auch den vorübergehenden Stillstand der bisher bestehenden Wirtschaftsentwicklung der Jahre wieder aufheben. Ebenfalls tritt die Wirtschaftskrise in der Sowjetunion an der Arbeiterkraft auch nicht im entferntesten in den vorhergehenden Formen aus, wie z. B. bei uns, wo die „Rationalisierung“ fünf Millionen Proleten drohlos gemacht hat.

Wirtschaftszahlen für 1925/26

Ununterbrochene Steigerung der Produktion

Ende März hielt im Präsidium der staatlichen Planwirtschaftskommission Genosse Katinin ein Referat über die voraussichtlichen Ergebnisse des Wirtschaftsjahres 1925/26, in dem er folgendes ausführte:

Im Jahre 1924/25 nahm die Produktion im Verhältnis zum Vorjahre um 64 Prozent zu. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter in der Industrie erhöhte sich um 19 Prozent, die durchschnittliche Arbeitsleistung um 36 Prozent. Das Wirtschaftsjahr 1925/26 (gerechnet vom 1. Oktober 1925 bis 1. Oktober 1926) verspricht folgende Ergebnisse: Die staatliche Industrieerzeugung wird voraussichtlich einen Gesamtwert von 32 Millionen Friedensrubel aufweisen (ein Friedensrubel gleich 2,16 Friedensmark). Der Wert der Brutto-Produktion wird 2870 Millionen Mark ausmachen. Das bedeutet eine Steigerung um 40 Prozent im Verhältnis zum Jahre 1924/25.

Gänzliche Erhöhung der Löhne

Die Löhne der russischen Arbeiter erhöhen sich in den letzten Jahren ununterbrochen. So betrug der durchschnittliche Monatslohn der Arbeiter in der Großindustrie der U.S.S.R. nach den Berechnungen der Arbeitsstatistik im Wirtschaftsjahr 1923/24 (das Wirtschaftsjahr beginnt im Oktober) 67,2 Prozent und im vierten Quartal des Jahres 1925 (Zust bis September 1925) auf 86,9 Prozent des Nennwertes.

Hierbei muß bemerkt werden, daß in denjenigen Industriezweigen, in welchen der Lohn vor dem Kriege besonders niedrig war, er nunmehr bedeutend über dem Nennwertniveau steht; so betragen die Löhne in der Zelluloseindustrie 124,8 Prozent der Friedenslöhne, in der chemischen Industrie 120,8 Prozent, in der Lederindustrie 121,9 Prozent usw.

Die Herkämpfung der inflationistischen Ansprüche hatte neue Lohnerhöhungen zur Folge. Viele Kollektivverträge laufen erst später ab. Darum wurden von der amnestischen Herkämpfung nur 5 Prozent aller Industriearbeiter, das sind 920.000, und hauptsächlich in der Schwerindustrie, erhöht.

Für alle diese Arbeiter sind Lohnerhöhungen erfolgt worden, welche sich folgendermaßen verteilen: bis 5 Prozent 160.000 Arbeiter, von 5 bis 10 Prozent 214.000 Arbeiter, von 15 Prozent und höher 100.000 Arbeiter.

Das Wirtschaftsjahr 1925/26 bringe noch Berechnung aus den bis jetzt vorliegenden Zahlen im Durchschnitt 25 Prozent Lohnerhöhung im Vergleich zum vorhergehenden Jahr.

Es genügt dazu hinzuweisen, daß die Löhne im Dawes-Deutschland sich allgemein auf der absteigenden Linie sich bewegen.

Trübsalherin zur Genfer Abrüstungskonferenz

Sowjet-Rußland nimmt an ihr nicht teil

Trübsalherin hat an den Generalsekretär des Völkerbundes eine Note gerichtet des Inhalts, daß die Sowjetregierung es ablehnen muß, an der Abrüstungskonferenz in Genf teilzunehmen. Trübsalherin vermeint auf die bekannte Faltung der Schweizer Bundesregierung, die zwar verspricht, daß die russischen Delegierten dieselben Rechte und Privilegien genießen werden, wie die anderen Delegierten, es aber nicht für nötig gefunden hat, den Vorkonferenz-Präsidenten für nötig gehalten hat, den Vorkonferenz-Präsidenten Bundesregierung der russischen Delegation gemacht werden. Trübsalherin erklärte 1922 zugestanden worden und im übrigen eine Erklärung in der Trübsalherin erklärt dann, daß die Wahl Genfs als Tagungsort vermuten lasse, daß der Vorkonferenz-Präsident von Anfang an sich bemüht das Ziel gestellt habe, die Beteiligung der Sowjetunion an der Abrüstungskonferenz zu verhindern, da schon seit langem bekannt ist, daß die Sowjetregierung an keiner Konferenz teilnehmen werde, die auf Schweizer Boden liegt. Trübsalherin schreibt dann:

„In der Voraussetzung, daß die Nichtbeteiligung der U.S.S.R. an der Abrüstungskonferenz, die ebenfalls durch die Tatsache ihrer Abwesenheit an der Vorbereitungscommission gegeben wird, einen Vorwand für andere Staaten, nach den früheren Deklarationen dieser Staaten zu urteilen, bilden kann, um das Werk der allgemeinen Abrüstung über der Erfüllungsmöglichkeit zu sabotieren, könnte man zu der Schlußfolgerung kommen, daß der Vorkonferenz-Präsident, die ihn leitete, keinesfalls daran interessiert sind, daß die Konferenz zu positiven Ergebnissen kommt. Mit anderen Worten, um den berechtigten Ausdruck ihrer führenden Persönlichkeit der europäischen Diplomatie zu gebrauchen: „Die vorbereitende Abrüstungskonferenz wird in Genf zusammenzutreten, wenn sie überhaupt jemals zusammenzutreten wird, um Vorkonferenz zu untersuchen, über die eine Verständigung weder erwünscht noch vorsehen ist, und die mit dem entscheidendsten Ziel formuliert sein werden. Der Mißerfolg des Unternehmens zu führen.“ (Trübsalherin meint damit den Bericht des amerikanischen Botschafters Hoagson in London. D. Red.) Eines der Mittel, die gebraucht werden, um diesen Mißerfolg zu garantieren, ist eben der schärfste Ausschluß der U.S.S.R. von der Konferenz, die als erste während der Genoa-Konferenz 1922 die Frage der allgemeinen Abrüstung in ihrem ganzen Umfang gestellt hat, die zur Unterzeichnung derselben Frage eine Konferenz der Kandidaten zusammenberufen hat, wo sie konkrete und vollständig zu verwirklichende Ergebnisse niederschreiben könnten. Aber Trübsalherin hat die Verantwortung der Regierung der anderen Staaten, ihre Abrüstung zu beschränken, annehmbar war... Die Sowjetregierung wird mit dem größten Interesse und in der Absicht, dazu in breitem Maße beizutragen, den Tag erwarten, an dem eine Initiative von einer für diesen Zweck speziell gebildeten Kommission ergriffen werden wird, der die Atmosphäre der Tradition und der Intrigen von Genf fremd ist und die bessere Garantie des Erfolges wird bieten können, als der Vorkonferenz... Ich erlaube mir zum Schluß die Hoffnung auszusprechen, daß der Vorkonferenz sich in Zukunft bemühen wird, die Sowjetregierung zu Konferenzen nur in den Fällen einzuladen, wo die Leiter des Völkerbundes auch tatsächlich wünschen, daß sie sich daran beteiligen.“

Das Land des sozialistischen Aufbaus

Quer durch das Wirtschaftsleben der Sowjetunion

In der deutschen bürgerlichen Presse macht sich neuerdings wiederum ein verstärkter antissowjetischer Zug bemerkbar. Die Tatsache, daß die Kaufkraft des Ueberwogen vorübergehend gesunken ist, wird in einem Sturz der russischen Wäutze umgewandelt. Ueber die Wirtschaftslage in Rußland werden im allgemeinen nach wie vor fanatische Schwendelmelungen verbreitet. Wo die bürgerliche Pressefanatiker schwindeln, können natürlich sozialdemokratische Scheinreue nachhaken. Die festumstimmte Antwort lautet: „Glaubensartikel, wie immer, natürlich das halbjährliche „Volktsblatt“, mit dem wir uns im heutigen Zeitartikel dieserhalb auseinandersehen.“

Das treibende Motiv dieser erneuten Hetze gegen Sowjet-Rußland ist in der radikalsten Weise die Berichte der sozialdemokratischen Rußland-Delegierten auf die sozialdemokratischen Arbeiter zu legen. Die Furcht vor der Wirkung des russischen Beispiels auf ehrliche sozialdemokratische Arbeiter treibt Zeitungen vom Schlage des „Volktsblatts“ zu solchen Segnenmethoden, bei denen der Zweck alle, selbst die allerfähigsten Mittel, heiligt.

Wir haben die großen Schwierigkeiten Sowjet-Rußlands inmitten einer kapitalistischen Umflammerung nicht gelehnet. Das es aber trotz aller dieser Schwierigkeiten in Rußland nach wie vor vorwärts geht, bleibt unbestritten. Die folgenden Tatsachen aus verschiedenen Gebieten des russischen Wirtschaftslebens werden dies den deutschen Arbeitern ohne Kommentar klarmachen. Den Kommentar müssen die deutschen Arbeiter zu den Tatsachen selbst schreiben, indem sie dieselben mit den Verhältnissen in Dawes-Deutschland vergleichen.

Zu welchem Zweck in Sowjet-Rußland die Industrieerzeugung verwendet werden

Der Oberste Wirtschaftsrat Sowjet-Rußlands hat in einer Sitzung die Bilanzen der staatlichen Truist kontrolliert. Dabei ergab sich, daß 50 Truist und Innenbetrieben insgesamt circa 35 Millionen Rubel Reingewinn aufzuweisen hatten, während 15 Staatsunternehmen zusammen 4 Millionen Rubel Verlust aufzuweisen hatten. So ergibt sich für das Wirtschaftsjahr 1924/25 für die Staatsindustrie der russischen sozialistischen Föderation Sowjetrepublik (U.S.S.R.) die nur einen Teil der Sowjetunion bildet ein Reingewinn von 31 Millionen Rubeln. Von diesem Reingewinn erstellt die Staatstasse 9,8 Millionen Rubel. Der größte Teil der Reingewinne wurde für die Anschaffung neuer Produktionsmittel verwendet, die die Erweiterung der Produktion ermöglichen.

Ein bedeutender Teil des Reingewinns, nämlich 4.250.000 Rubel

wurde für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter verwendet. Die Erhöhung der Arbeitslöhne fällt nicht darunter. Im Vorjahre wurden für denselben Zweck 9,3 Prozent des Reingewinnes verwendet.

Ausbau der progressiven Einkommensteuer in der Sowjetunion

Der Rat der Volkswirtschaftler hat in einer am 29. März stattgefundenen Sitzung den Plan der Einkommensreform als einen Ausbau der landwirtschaftlichen Steuer gutschiefen. Nach diesem Plan, der im Herbst schon in Wirklichkeit treten soll, wird die Bauernschaft in verschiedene Kategorien eingeteilt. 20 Proz. der Bauernwirtschaften werden vollkommen von der Steuer befreit, 55 bis 60 Prozent der mittleren Bauernwirtschaften erhalten Steuerermäßigungen, die faktisch ihrem Einkommen angepaßt werden. Auf die übrigen Bauernwirtschaften, d. h. auf die Großbauernhöfe, fallen Steuererhöhungen, die bei den reichen Bauern bis auf 20 Prozent kommen. Die Zahl dieser Bauern macht nur 0,5 Prozent der Bevölkerung aus.

Diese Zahlen mögen die deutschen Bauern und Arbeiter mit den entsprechenden Zahlen im Lande des Steuertraubes in Deutschland, vergleichen. Dann werden sie begreifen, weshalb die überwiegende Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung auf der Seite der Sowjetrepublik steht.

Erhöhung des Kommunalbudgets in Sowjet-Rußland

Während in Deutschland die gesamte Innenministerklasse einen konzertierten Angriff auf das finanzielle Selbstbestimmungsrecht der Kommunen richtet, freizet Sovjet-Rußland den Kommunalbudgets in dem Maße des Ausbaues der selbständigen Kommunalwirtschaft fort. Die Verwaltungskosten werden jährlich den Bedürfnissen entsprechend erhöht. Gegenwärtig wurde ein Plan ausgearbeitet, wonach das Kommunalbudget in der gesamten Sowjetunion auf jährlich 12 Milliarden Rubel erweitert werden soll. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahre eine Erweiterung von 20 Prozent. Allein die Löhne für die Gemeindearbeiter und Angestellten haben im letzten Jahre um 30 Prozent zugenommen.

Aufführung der Konsum-Genossenschaftsbewegung

Die Konsum-Genossenschaft hat im Jahre 1925 in der Sowjetunion gewaltige Fortschritte gemacht. Die Zahl der Genossenschaftsmittelglieder erreichte die imposante Höhe von 10 Millionen. Das bedeutet, daß 40 Millionen Menschen, d. h. beinahe 2/3 der Gesamtbevölkerung durch die Konsum-Genossenschaft mit Bedürfnisgegenständen versorgt werden. Der Umf. weit einen Wert von 3,9 Milliarden Rubel, d. h. beinahe 7 Milliarden Mark auf.



# Arbeitsruhe am 1. Mai.

## Dringlichkeitsantrag

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:  
 1. Am 1. Mai gilt für die städtischen Betriebe und Remontagen die allgemeine Arbeitsruhe wie an sonstigen Feiertagen. Abnahme aus Anlaß der Arbeitsruhe dürfen nicht vorgenommen werden.  
 2. Diefelbe Regelung gilt auch für die Kraftfahrarbeitskräfte.  
 3. Die Erwerbslosen sind am 1. Mai von der Stempelpflicht befreit.  
 4. Die Ausschaffung der Erwerbslosenunterstützung wird am Freitag, dem 30. April, vorgenommen.

**Fraktion der SPD, Fraktion der SPD.**  
 Der 1. Mai muß diesmal zu einem besonders erfolgreichen Kampftage für die halbseitige Arbeitsruhe werden. Das Gewerkschaftsblatt hat sich bereits mit seiner gemeinsamen Durchführung beschäftigt. Auch die städtischen Arbeiter dürfen in diesem Jahr nicht zurückbleiben und müssen sich selbst an der Mai-Demonstration beteiligen. Deswegen hat die kommunistische Fraktion in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung den Dringlichkeitsantrag eingebracht, der von der Fraktion der SPD auch mit Unterstützung wurde, der für alle Betriebe und Remontagen die allgemeine Arbeitsruhe vorschlägt. Für die Kraftfahrarbeitskräfte und für die Erwerbslosen ist ebenfalls die reifliche Möglichkeit zur Beteiligung an der Demonstration gegeben. Dieser Antrag ist gestern angenommen worden. Aber wie müssen erkennen, daß die Abnahme allein noch nicht genügt ist, daß auch wirklich die Durchführung des Beschlusses zustande kommt. Die städtischen Arbeiter selbst, die Kraftfahrarbeitskräfte und die Erwerbslosen müssen sich für seine Durchführung einsetzen und den 1. Mai zu einer wirkungsvollen Kampftage für die Forderungen der gesamten Arbeiterklasse machen.

Die öffentliche Stadtverordnetenversammlung begann gestern mit der Einberufung des neu gewählten Stadtbaurats Hellmann durch den Bürgermeister Siegel und Herrn Bülle, der sich für verpflichtet hielt, am nächsten Freitag, etwas in Zeit zu machen.

## Die schärfsten Hüter der Demokratie

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhob Genosse Kitzler die schärfsten Proteste gegen die Methoden des Herrn Hoes, der in der letzten Sitzung den Vorsitz führte. Er wies ihm seine verschiedenartigen Geschäftsverrichtungen nach und schloß daraus, daß der Demokrat Hoes die kommunistische Fraktion in Erwerbslosenfragen entweder mit Gewalt nicht zu Worte kommen lassen wollte oder, daß zwischen verschiedenen Stadtbauräten in dieser Hinsicht eine Verständigung herbeigeführt hat. Die Worte aus diesem Vortrage des stellvertretenden Vorsitzenden, durch das die letzte Sitzung beendet wurde, ist, daß es in der Welt keine schärferen Hüter der demokratischen Verfassungsprinzipien gibt als die Demokraten selbst, besonders dem Demokrat Hoes.

Der Sozialdemokrat Petersdorff führte Hoes' Vorgehen nicht etwa auf politische Gründe zurück, sondern auf „übertriebene Nervosität“, die sich übrigens auch schon während der ganzen Verhandlung dieser Frage durch Zwischenrufe bemerkbar gemacht hätte. Er mißbilligt die Haltung des stellvertretenden Vorsitzenden als „erschwerend“.

was ihn und seine Fraktion jedoch nicht hindert, einem kommunistischen Antrag gegen Hoes durch Eigenmächtigen zur Abstimmung zu verfahren.

Was Hoes also das Abbild einer Demokratie, so verkörpert Petersdorff die echte sozialdemokratische Konzeption. So machen sie es auch mit der Unterstützung. Sie schimpfen auf sie und führen sie hoch.

## Anfrage betreffend das Volksbegehren zur Fürstenabfindung

Das erste Tagesordenungsstück der nunmehr zur Verhandlung kommenden Anträge, stellte der Redner dazu, Genosse Petersdorff, daß ein Antrag, die am 1. März eingebracht wurde, am 12. April, also fast sechs Wochen später, durch die Antwortung durch den Magistrat gelangt. Und dann geht Genosse Petersdorff auf die mannigfachen Sabotageakte des Magistrats in der Zeit des Volksbegehrens ein. Er schildert die heute anstehende Abstimmung, die Festlegung von nur 12 durch 20 Einwohnungsstellen, die unumgänglich notwendig sind, durch die man oft gezwungen war, dreiviertel Stunden weit zum Einzugsungslokal zu laufen. Er stellt aber fest, daß durch den Druck der heftigen Arbeiterklasse, die Beauftragte des Magistrats mit der zum Magistrat gehörigen Kommission, die die Zeit befristet werden konnten, weil sich der Magistrat dem Willen dieser Volksbewegung nicht erziehen konnte. Als Genosse Petersdorff im Verlaufe seiner Rede das Wort Sabotage gebraucht, wird er von Herrn Bülle besonnen gerügt und schließlich zur Ordnung gerufen. Was auch Herr Bülle nicht verdient, daß er nicht gern etwas auf sein Konto schreiben, die dem Volksbegehren als andere als freundlich gegenübersehen, kommen lassen möchte.

Gemeint ist jener, der die Stadt Halle in geradezu rührender Weise für die Einzugsungsstellen gelobt habe, weil andere Städte — selbst solche mit sozialdemokratischer Mehrheit — noch weniger Hilfe die technische Seite des Volksbegehrens getan haben. B. W. Wagnersberg vom sozialdemokratischen Oberbürgermeister H. B. W. und dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten H. B. W. Das Argument gegen Wagnersberg ist noch lange feins für Halle. Und selbst Herr Bülle wird von der SPD. befragt sich über die Art der Durchführung die in Halle, ohne freilich am Sabotage des Magistrats sprechen zu wollen, wie er ausdrücklich versichert.

## Eingabe der Erwerbslosen betreffs Hilfsmassnahmen

Hier schon mehrere Sitzungen zurück, und erst gestern gelangte sie zur Beschlusseffung. Diesmal wurde in der Aussprache besonders auf die Erwerbslosenunterstützung eingegangen, und der Magistratsvertreter mußte wieder bemerken, daß die Hilfsangelegenheit zufriedenstellend erfolge. Er sagte sich deshalb für die Fortsetzung von 1000 Mark für die Erwerbslosenunterstützung ein. Das veranlaßte Herrn Hoffmann vom Dringlichkeitsantrag, die Stadt Halle eine Summe von 1000 Mark zu verweigern, und er sollte das „legensreiche Wirken“ der Stahlhelm-Spendung auf. Genosse Freund hielt ihm aber deutlich vor Augen, daß die Stahlhelm-Spendung nichts anderes wolle als die Erwerbslosen füttern.

Letztens bemerke die Vorkommnisse, was schon lange bekannt ist: den Mangel an Geld für die Stahlhelms. Das ist bei den Gemeindefürsorge nicht der Fall. Sie beschäftigen sich immer mehr. Im übrigen heißt es, daß hinter der Stahlhelm-Spendung die heftigsten Kapitalisten stehen, die diesen Geld aus der Tasche werfen. Herr Hoffmann möge übrigens nicht glauben, daß er den heftigsten Erwerbslosen mit Wassertröpfchen den Magen vollpumpen kann. Das Essen der Gemeindefürsorge, das fast 30 Pf. schon auf 20 Pf. heruntergesetzt wurde, muß noch mehr herabgesetzt werden, denn es hat sich gezeigt, daß durch die Verteilung sich die Teilnehmerzahl um mehr als die Hälfte gehoben hat.

Zu der Eingabe der Erwerbslosen selbst, die von der kommunistischen Fraktion zu Anträgen erhoben wurde, verlangt Genosse Freund Annahme sämtlicher Erwerbslosenforderungen. Stadtrat Hoffmann stimmt sich nur einmal an seine Äußerungen für die Forderungen an und behauptet, nichts geben zu können, selbst wenn der Antrag angenommen wird. Man würde dann die Besitze der Sozial- und Kleinrentner erst auf die Höhe der Erwerbslosenunterstützung bringen. Aus seinen Ausführungen ging mit gräuellicher Deutlichkeit die völlige Unmöglichkeit kapitalistischer „Sozialpolitik“ hervor, die Genosse Kitzler an einer anderen Stelle ganz richtig mit den Worten charakterisiert:

„Ihr müßt eben Bankrott anmelden!“

Die Illustrierung für diese Behauptung lieferte Genosse Freund, die die Zustände bei der Fürtage schildert und wiederholt bemerkt, daß die Fürtage in seiner Weise ihren Pflichten gegenüber dem Proletariat gemäßen sind. Sie selbst kann beweisen, daß es sogar unter den Kraftfahrarbeitskräften viele Familienmütter gibt, die nicht einmal die 20 Pf. für das Mittagessen aufbringen können. Frauen melde sich bei der Spiegung freiwillig zum Karstellshaus, nur damit sie dort etwas Essen bekommen. Dann geht sie auf die „legensreiche“ Wirkung des Stahlhelms Essen ein. Als in der Hungerzeit die Internationale Arbeiter-Hilfe eine Spiegung eingerichtet hatte, war es der

## berühmte Stahlhelmer Steinbock

der die Arbeiterfinder mit Steinen bewarf und schlug, der aber, wenn sein Stahlhelm-Eisen nicht langte, einfach den Wasserhahn aufdrehte und das Essen so verdünnte, daß man mit Nachhülfe Wassertröpfchen leben konnte. Genossin Hermann führte weiter die Forderung der städtischen Jugendlicht an, der 30 Pfund und zu schwerer Arbeit aus dem Haus kommen sollte, obwohl der Arzt das ausdrücklich verboten hatte.

Die Beispiele genügen dem Dringlichkeitsantrag ansehnlich noch nicht, und deshalb verfuhr Herr Hoffmann nochmals, dem Ratum der Arbeiterfamilien des Stahlhelms schmacht zu machen. Er will auch für die Forderung der städtischen Jugendlicht an, der 30 Pfund Hilfe eintreten, wenn diese Forderung nicht an die Kommunisten, sondern an die Reichsregierung gerichtet werden sollte. Die Verantwortung sollte also abgewandt, die eigene Seite aber beibehalten bleiben. Hiergegen wandte sich mit aller Entschiedenheit Genosse Petersdorff, der verlangte, daß die 30 Pfund Arbeitsruhe von der Stadt bewilligt und ausbezahlt werden sollte.

## Im Zusammenhang mit der Erwerbslosenfrage geht Genosse Petersdorff auf

die kommende Reichsgesundheitswoche ein und stellte die Methode der Körperpflege, Körperpflege vorzugeben, als Beispiel hin, da die Voraussetzungen für eine wirkliche Volksgesundheitspflege in keiner Weise geschaffen werden. Gerade die furchtbare Wohnungsnot, die Arbeitslosigkeit, die rationales Lebensmittel, der Mangel an Nahrungsmitteln, das Fehlen von vermindern die Volksgesundheitspflege in erheblichem Maße. Deshalb werden wir als Kommunisten diese Woche benutzen, um der Arbeiterklasse zu sagen, daß die im Kampf umzunehmen muß gegen die Regierung und eine Gesundheitspflege, die ihnen niemals wirkliche Gesundheit bringt.

Die Abstimmung ergab Annahme der Punkte 2 bis 5 mit einigen Änderungen. Es kommt also zur Durchführung.

Eine besondere Bitte für Erwerbslose, deren Kinder zu Oftern in die Schule kamen oder aus der Schule entlassen wurden:

Spiegelung der Erwerbslosen gegen ein mögliches tragbares Entgelt;

Sofortige Inangriffnahme größerer Kraftfahrarbeiten zu tariflicher Bezahlung;

Von der Reichsregierung verlangen die Erwerbslosen eine fortwährende 30-prozentige Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung; ferner werden für die Spiegelung der Erwerbslosen 10000 Mark aus dem Dispositionsfonds bewilligt.

Der Antrag Hoffmann auf Zuschuß für die Stahlhelms-Spendung wurde abgelehnt.

Ein sonderbares und typisches Schicksal erfuhr jedoch die Forderung 1 der Erwerbslosen-Eingabe, die eine sofortige Arbeitsruhe von 30 Pfund betraf. Sie wurde durch den Magistratsrat und die Kommunisten für die Forderung der 30 Pfund Arbeitsruhe angenommen. Jedoch sollen Arbeitsruhe befristet im weitesten Sinne an besonders Bedürftige auf Grund der Fürtagevereinbarung aus sozialen Mitteln gewährt werden. Der Dringlichkeitsantrag, dem die Annahme dieser Forderung nicht nur ein wenig, sondern eine große Unterstützung durch die Kommunisten, sondern die Forderung, den Antrag der Arbeitsruhe befristet an die Reichsregierung zu richten, wieder auf. Als unsere Genossen diesen Antrag — unbedacht des bereits angenommenen — nun formulieren wollten, daß im Reichsgesundheitswoche

30 Pfund Arbeitsruhe gewährt werden sollte, da sog Herr Hoffmann jedoch dem Antrag zustimmte, und unter dem Beschützer unserer Genossen und der proletarischen Tribünenbesucher erglühete die soziale Feindschaft des Dringlichkeitsantrags.

## Ist Drander rehabilitiert?

Es wurde es vom Magistrat, der an seinem Tun keinen Fehler findet. Sowohl die kommunistische, als auch die sozialdemokratische Fraktion hatten Anträge an den Magistrat gerichtet, was es sich mit der in der „Halleischen Zeitung“ veröffentlichten Note, daß der Magistrat die Veröffentlichung des Schreibens der Firma Christian & Unna betreffend Straßenbauangelegenheiten ausdrückliche Bürgermeister Siegel erklärt hierzu, daß Herr Drander die am 1. Mai in der Zeitung abgedruckt hätte, er habe dem Schriftführer der „Halleischen Zeitung“ nicht gesagt, daß der Magistrat Wert auf die Veröffentlichung lege. Stadtrat Petersdorff meinte, wenn das so wäre, warum Drander nicht der „Halleischen Zeitung“ eine Abfertigung überlassen hätte, denn die Veröffentlichung gegen ihn wäre doch sehr groß gewesen. Er verlangte Dranders Mitwirkung. Dr. G. um 1/2 aber, Rechtsanwalt und Dringlichkeitsantrag, hielt mit Drander amüßiger Erklärung die Sache „als beigelegt“ an. Es ist eben möglich, wenn man zwei Stahlhelmsbrüder einer bestimme der Schwärzer sein muß!

## Dieses Intermezzo wird abgeleitet von der Besprechung der Eingabe der Zuckerraffinerie-Arbeiter,

welche ausgeführt und nicht wieder eingeleitet werden sind. Besprechend wurde die Besprechung die meisten Bürgerlichen aufstärker der Saal, denn Genosse Petersdorff gegen die Willkür der Zuckerraffinerie vorbringt, trifft auch auf einen großen Teil von ihnen selbst zu. Die Forderungen der Zuckerraffinerie sind:

„Der Magistrat möge darin bestehen, durch Verhandlungen die Direktoren der Zuckerraffinerie einzuladen, daß die im Hinblick auf die Verteilung der Arbeitsruhe der Zuckerraffinerie Arbeiterkräften unverzüglich wieder eingeleitet.“

Die Art, wie bisher der Magistrat auf die Eingabe reagiert hätte, genügt bei weitem nicht.

Stadtrat Petersdorff mußte selbst zugeben, daß der Arbeiter der Zuckerraffinerie Unrecht geschähe, und er bot an, daß es möglich war, nach 14 Tagen ihnen die Erwerbslosenunterstützung vollkommen zu zahlen. Mehr sei ihm leider nicht möglich gewesen. Im übrigen wurde bei dieser Besprechung von bürgerlicher Seite die alte These aufgewärmt, monach eine fälschliche Behauptung nicht in Streitigkeiten zwischen Unternehmer und Arbeiter einmischen dürfe. Hier war es der zur SPD-Fraktion angeordnete Herr J. K. I. K., der ein glänzendes Debit in Iphurinoiden für die alte These aufgewärmt. Er hielt eine lange, aber mit unruhiger Stimme vorgebrachte Rede, die folgenden demütigen Anfang hatte: „Grundsätzlich muß man anerkennen, daß die Stadtverordnetenversammlung nicht das Recht hat, in einen Kampf zwischen Arbeiter und Arbeitgeber einzugreifen.“ (Da wird nicht) sogar ein Renegatengenosse S. o. n. i. n. f. auf den Rücken fallen. Herr J. K. I. K. meinte das Sprüchwort: „Nichtkapitalistischer Fürtage von Fintelmeier, um auf die Geschäftsfähigkeit solchen Beginns hinzuweisen. Aber keine Befürwortungsformel half nichts, und nachdem Genosse Kitzler in die Grundzüge des Vorgehens nicht nur der Zuckerraffinerie, sondern der gesamten Unternehmenseinheit, die wider der Weltmarkt erobert, aber ihre Profite nicht zürnen will, aufzuweisen, wurde die Forderung der Raffineriearbeiter, daß der Magistrat bei der Direktion vorzelle werden solle, angenommen. Die Zuckerraffinerie müssen daher über wachen, daß sie auch wirklich durchgeführt wird.“

## Waldenbau

Es erfolgt die Annahme des Projekts für die neue Kräftlinge Halle. In der Debatte hierüber gerieten sich übrigens beteiligterweise einige Mitglieder des Dringlichkeitsantrags in die mehr oder minder wohlgeplagten Haare. Herr S. H. J. wollte die Gedankensätze anders geregelt wissen als der Magistrat, und Herr J. K. I. K. mußte seinem Fraktionsbruder sagen, daß ihr eigener Dringlichkeitsantrag ein Unordnungswort geworden sei. Diese Selbstkritik wurde aber kein Schritt zur Besserung sein.

Der Waldenbau erfordert eine Grundlinienänderung in Kräftlingen, die angenommen wurde, ebenso wie eine Fortlage zur Erschließung des Geländes zwischen Wilmersberg Straße, Wilmersberg Weg, Köpfiger Straße für Siedlungsstätten.

Ein Gelände des Waldenbauamts ambulantem Gewerbetreibender, ein Grundstück, eine Halle, ein Platzanbau für Reuhen-Verkauf wurde dem Magistrat zur Verfügung gestellt.

Nach Annahme des Dringlichkeitsantrags vom 1. Mai wurde die Sitzung geschlossen.

loslos zu verabreden. Tatsache ist aber, daß die meisten Kinder der Erwerbslosen, welche heute die Schule besuchen müssen, nicht einmal ein Stückchen trockenes Brot zu essen haben. Es haben in geringem Grade, doch sogar am heutigen Tage die Kinder keine Unterwäsche trägt, doch sogar am heutigen Tage die Kinder auf der Straße schon barfuß laufen müssen, weil sie keine Schuhe haben. Das ist ein Verbrechen, wie notwendig es ist, daß hier die Kommunen und Behörden einzuwirken, um praktisch zu helfen, wie die Adressatenhilfe durchzuführen werden möchte. Es wird aber anders kommen. Der ganze Lärm um den Anfall dieser Woche läßt heute schon die Behauptung aufstellen, daß es den Verantwortlichen nicht darauf ankommt, praktische Arbeit zu leisten, sondern man will der Arbeiterklasse nur Geld in die Augen werfen, damit sie über die wahren Zustände hinwegtäuscht wird. Deshalb möchte ich allen Arbeitern sagen: Jetzt keine großen Hoffnungen gegenüber dieser bürgerlichen Gesellschaft. Es wird nicht als Arbeiter selbst erzwungen können, daß wir nicht arbeitslos sind, daß wir genügend Lohn haben, und die Gesundheit unserer Kinder selbst zu haben, wird es nicht anders werden. Auch fallen mit gerade die verschiedenen Maßnahmen der Lehrer den Kindern gegenüber ein, die ganz bestimmt mit dieser Zeit die Kinder die Gesundheit der Kinder untergraben. Eine praktische Beseitigung aller gesundheitlichen Schäden der Kinder wäre ebenso einmal die Schaffung von Kinderheimen, zweitens die Abschaffung der Polizeigefangenen und drittens die Wahrung des Unterrichts, soweit es das Wetter erlaubt, im Freien.

## Achtung, Schulentlassene!

Am Freitag, dem 16. April, abends 8 Uhr, findet im Kleinen Saal des „Volkspar“ ein

## Werbe-Abend

verbunden mit Musik, Rezitationen, Aufführungen und Ansprache. Alle Schulentlassene, Bekleidete, jungen Arbeiter und Arbeiterinnen müssen zu dieser Veranstaltung erscheinen. Eintritt 30 Pf. Für Schulentlassene frei! Kommunistischer Jugendverband, Ortsgruppe Halle. \* Proletarische Tribüne. Heute, Mittwoch, abend 8 Uhr wichtige Sitzung und Probe. Wichtiges Ergehen wird zur Pflicht gemacht.

## An die Parteimitgliedschaft von Halle!

Am Sonntag, dem 18. April, vormittags 9 Uhr, findet im „Volkspar“ die

## Stadtdelegiertenkonferenz

statt. Um die von der Partei gestellten Aufgaben durchzuführen, ist eine innerparteiliche Schulung unserer Mitglieder unbedingt notwendig. Die Parteimitgliedschaft hat deshalb die Pflicht, an den in dieser Woche stattfindenden Betriebs- und Straßengruppenkonferenzen teilzunehmen. Gleichseitig werden die Delegierten zur Stadtkonferenz gewählt. Die Beschlüsse der Erweiterten Erweiterten Tagung sind von außerordentlicher Wichtigkeit, deshalb werden alle Parteigenossen aufgefordert, als Gäste an der Stadtdelegiertenkonferenz teilzunehmen.

Des weiteren wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle

## Jugendgruppenleiter

freitags, den 16. April, die Namen und genauen Adressen der Delegierten in der Bezirksleitung angeben haben, um rechtzeitig die Delegiertenliste ausfertigen zu können.

## Schulentlassene!

Heute abend 8 Uhr treffen sich alle Schulentlassene, die an der diesjährigen Jugendwoche teilgenommen haben, zu einer wichtigen Nachbesprechung in der Proletarischen Gesellschaft. Auch die Eltern der Schulentlassene sind hiermit eingeladen.

## Ein Beitrag zur Gesundheitswoche

(Von einem Arbeiterkorrespondenten)  
 In diesen Tagen kommt wieder ein großer Teil Arbeiterfinder und andere zum ersten Male in die Schule. Wir Arbeiter sehen uns viele kleinen Wurmchen an, die zum größten Teil noch juristisch sind. Dabei muß man oft ein weiteres auf der Auffassung kommen, daß die Kinder oft in ihrer geistigen Entwicklung weit zurück sind und trotz aller Anstrengung der Lehrer zurückbleiben werden. Schuld daran ist, daß es den meisten Arbeitereltern nicht möglich ist, ihre Kinder ordnungsgemäß zu ernähren. Darum muß es die Aufgabe der Schulen, die Kinder während der langen Tage im Freien zu unterrichten. Ferner bemerken warmes Essen

**Die Einheitssturzschritt in der Schule**

Mit dem 1. April ist der Beschluß der Regierungskonferenz vom 17. Oktober 1924 in Kraft getreten, der bestimmt, daß spätestens am 1. April 1926 in allen öffentlichen, höheren und Handelsschulen und soweit möglich auch in öffentlichen anderen Schulen die Einheitssturzschritt als Pflicht- oder Pflichtfach einzuführen ist. In anderen Schritten als in der Einheitssturzschritt darf Unterricht in den Schulen nicht erteilt werden.

\* Arbeiter-Sänger-Chor. Heute abend pünktlich 8 Uhr im „Vollparat“. Alles muß erscheinen.

**Ummendorf**

Kundgebung des KSB. Am Sonnabend, dem 17. April, findet im „Dreierhaus“ die zweite „Jung-Spartakus-Kundgebung“ statt. Das Programm ist folgendes: 7 1/2 Uhr Antritt des KSB, am „Deutschen Haus“ zum Abmarsch nach dem „Dreierhaus“, — 8 1/2 Uhr Kundgebung im Saale des „Dreierhaus“: 1. Lied; 2. Registrierung; 3. Vorträge des Roten Frontkämpfer-Bundes, eines Vertreters des KSB, und der KPD. Außerdem einige Vorträge der Kapelle des Roten Frontkämpfer-Bundes. Arbeiter von Ummendorf, erscheint in Massen, bringt alle eure Kinder im Alter von 9 bis 15 Jahren mit. Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Ummendorf.

**Büschdorf-Reideburg**

Die proletarische Tribüne Halle veranstaltet am Sonnabend, dem 17. April, abends 8 Uhr, im „Golfhof“ Schreiber (Reichhof) einen großen Theater- und Unterhaltungsabend. Musikalische Darbietungen wechseln mit humoristischen Vorträgen, politisch-literarischen Theaterstücken und „Rotem Rummel“. Ganz besonders wird auf die Aufführung des „Polkwurm“ hingewiesen, ein Stück, das jeder Arbeiter kennen lernen muß. Programme sind im Vorverkauf zum Preise von 50 Pf. beim Volkmart Schreiber und in der Konsumverkaufsstelle Reideburg zu haben.

**Zücheren**

Gemeinsame Versammlung. Sonnabend, den 17. April, abends 8 Uhr, findet eine gemeinsame Versammlung der Partei, des Roten Frontkämpfer-Bundes, des Arbeiterjugendvereins und der Arbeiter im Lokal Boje statt. Wichtiges Tagesordnungspunkt: Referent Genosse Höder von der Internationalen Arbeiter-Silke. Alle Mitglieder der genannten Vereine müssen erscheinen.

**Schleittau**

Zuverlässiger Zeitungsträger sofort gesucht. Meldungen sind zu richten an den Verlag Klassenkampf, Leichenfeldstraße 14.

**Jung-Spartakus-Bund, Ortsgruppe Halle**

Am Donnerstag, dem 17. April, abends pünktlich 8 Uhr, findet auf dem Saalbau (dem verfallenen Reideburg) unter der Leitung von Genosse... Spielstätte haben pünktlich mit Ihren Zutritten zu erscheinen.

Verantwortlich: H. J. Labmann, Bismarckstr. 14. In der Redaktion: H. J. Labmann, Bismarckstr. 14. Den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kros, Halle a. S., Bismarckstr. 14.

**Aus dem Geschäftsverehr:**

Der beste Sommer ist die Gesundheit selbst, wenn sie es verdient, für den leidlichen Wohl der Eltern in der Ruhe richtig zu sorgen. Liegen hoch in der Höhe... Die beste Sommer ist die Gesundheit selbst, wenn sie es verdient, für den leidlichen Wohl der Eltern in der Ruhe richtig zu sorgen. Liegen hoch in der Höhe... Die beste Sommer ist die Gesundheit selbst, wenn sie es verdient, für den leidlichen Wohl der Eltern in der Ruhe richtig zu sorgen. Liegen hoch in der Höhe...

**Klassenkampf Leser kaufen nur bei Klassenkampf Interenten**

**Gute Blauschimmel-Käse**  
1a Qualität  
Liefert an Wiederverkäufer zu  
billigstem Tagespreis  
frei Haus  
**Paul Krüger**  
Käseerei  
Stand Wochenmarkt  
Tel. 5237

**Gut und preiswert  
kauft man in der  
Tabak-Ede**  
bei  
**Kurt Haserlitz**  
Merseburger Str. 20  
Telephon 3439

**Flugplatz-Kasino**  
Der beliebte Ausflugsort  
aller Genossen  
**Max Weber**  
7 Minuten von der End-  
Station der Linie 1

**Schokoladen, Kakao**  
sowie sämtliche Süßwaren  
kaufen Wiederverkäufer nach wie  
vor am billigsten bei der  
Schokoladen-Spezial-Größhandlung  
**Willy Boigt**  
Halle a. d. S., Schmeerstr. 16  
Telephon 4736

**Der Arbeiter-Tutti**  
Grosz- und Einzel-  
verkauf  
**Riesel, Hildebrandt**  
Gr. Ulrichstr. 22, I. u. II. Etage  
6-10 Uhr

**Größtes  
Spezialhaus**  
für  
**Herren-, Damen-  
und Seidenstoffe**  
**Mitteldeutsche  
Textilgesellschaft**  
m. b. H.  
Große Ulrichstraße  
52 u. 12

**Kolonialwaren  
Spirituosen**  
Spezialität:  
**Gebrannte Kaffees**  
**Paul Richter**  
Steinweg 53 u. 15

**Material- u. Wurstwaren  
Zigaretten, Zigarillen  
Spirituosen  
Ostweine  
Kurt Ebert**  
Schneidestraße  
11, III. Etage

**Druck-  
sachen aller Art**  
Zeitschriften  
Plakate / Karten  
Rotationsdruck  
Werke / liefert  
Produktiv-Genossenschaft für  
den Bezirk Halle-Merseburg  
GmbH. / Halle / Lerchenfeldstraße 14  
Fernruf: 1045, 1047, 2251

**Zuverlässige Uhren**  
zu billigen Preisen  
**Amand Weiss, Halle a. S.**  
Klein Schmieden 6, gegenüber Alex Michel

**Restaurant  
Delizischer Hof**  
Inhaber:  
**Hermann Damm**  
Landsberger Straße Nr. 63  
hält feine  
**Lokalitäten**  
bekannt empfohlen

**P. Wolff, Halle a. d. S., Steinweg 20a**  
Zu Original-Kasapreisen kaufen Sie bei uns:  
Kleiderstoffe, Gardinen, Herren-, Damen-, Kinderwäsche,  
Bunte und weiße Bettwäsche, Tricotagen, Schlafdecken,  
Schürzen, Verarbeitete Waren  
und gemöblerte Uhren bei Anzahlung je nach Höhe der Kauf-  
summe für den Restbetrag einen mehrmonatigen Kredit

**Kern- und Toilette-Seifen**  
preiswert und gut, bei  
**Max Köhl, Halle a. d. S.,**  
Herrenstr. 5

**AGO - Schuhbesohlung**  
ohne Naht und Nagel  
dadurch weitaus größere Lebensdauer der Schuhe  
Annahme in unseren Filialen: Merseburger Str. 29  
Mansfelder Straße 4, Kleine Ulrichstraße 8  
**Hartmann & Hansen**

**Fischgründerwaren  
und Marinaden**  
kaufen die Einwohner des Wal-  
denlandes preiswert bei  
**Kurt Aurich**  
Gr. Steinstr. 38 Gr. Steinstr. 38

**Kolonialwaren, Kaffees**  
aus eigener Kaffeeerei  
stets frisch, sehr preiswert  
bei  
**J. Baumgärtel, Halle**  
Bellingstraße 26

**Schürzen  
Wäsche**  
eigener Anfertigung  
**Paul Juneck**  
Herrenstraße 25

**Auf Teilzahlung!**  
Herren- und Damen-Bekleidung  
Wäsche, Möbel aller Art und Silber  
**B. Ehrenreich & Co.**  
54 II Gr. Ulrichstraße 54 II

**Paul Reichardt**  
Zigaretten-Spezialgeschäft  
**Halle (Saale)**  
Baderstr. 1, Ecke Herrenstr.  
Fernsprecher 8628

**Fahrräder  
Nähmaschinen**  
auf Teilzahlung  
**Lohrengel**  
Gr. Klausstraße 7

**Franz Conrad**  
Kolonialwaren  
H. hauswirtschaftliche Wurstwaren  
**Tortstraße 28**

**Sohlleder-Ausschnitt**  
empfehle billigst  
**Albert Fabig**  
Halle a. S., Hallenortstr. 1

**K.-Seidenstrümpfe**  
mit Naht  
Doppellöhle, Hochfeste  
**Mk. 1,25**  
**H. Librach, Halle**  
Wald- und Wollwaren  
Deffauer Straße 2 am Kopplatz

**Moritz Kojewitz**  
Steinweg 7  
Herrenwäsche, Hüte  
Mützen, Strümpfe  
Tricotagen

**Tricotagen**  
kaufen Sie bei  
**J. Glücksmann, Markt 6**

**Schwarz- Spezialgeschäft**  
**Otto Bloch**  
Kleine Ulrichstraße 2  
gegenüber Möbel-Saumann  
empfehle sein reichhaltiges  
Lager in erstklassigen  
Schuwaren  
für Beruf, Sport u. Straße  
zu möglichen Preisen  
Eigene Fabrik- und  
Reparaturwerkstatt

**Billigste Bezugsquelle für  
Herren- u. Knabenkleidung**  
sowie sämtliche  
**Berufskleidung**  
**Gustav Reinsch**  
Markt, im Roten Turm

**Fahrräder  
Nähmaschinen  
Sprechapparate  
Schallplatten**  
sowie das Neueste  
Infrarotlampen, Batterien  
Mantel, Schläuche  
sowie Kunst- Erleuchtung  
**August Kraft**  
Steinweg 51 Gr. Ulrichstr. 49  
Eisleben Welpenfeld  
Eig. Reparaturwerkstatt

**Hermann Böhlert**  
Reichardtstr.  
nur Glascher Straße 75  
Merseburg, Obere Breitestraße 4  
empfehle seine  
**prima Fleisch- und Wurstwaren**

**Karl Dönau**  
Kolonial- und Materialwaren  
**Herrenstraße 25**





# Der Konsumvereine Genossenschaftler

Monatliche Beilage zur Tagespresse der R P D.

## Die Vorstöße auf Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer in Sachsen und Thüringen

Die sächsischen und Thüringischen Konsumvereine wurden durch die frühere kommunalverfassungsmäßige Mehrheit von der Gewerbesteuer befreit. Seit langem hat deshalb die Reaktion versucht, diesen Zustand wieder umzuändern. Schon am 8. April 1924 wurde im Thüringer Landtag eine Entschließung angenommen, nach der das Gewerbesteuergesetz abgeändert werden soll, um auch die Konsumvereine zur Gewerbesteuer wieder heranzuziehen.

Inzwischen hat die reaktionäre Thüringer Regierung einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag vorgelegt, der in den nächsten Wochen zur Entscheidung kommt. Danach sollen die Arbeiterkonsumvereine wieder zur Gewerbesteuer herangezogen werden. Auch die sächsische Regierung hat in dem im März dem Sächsischen Landtag eingehenden Gewerbesteuergesetz die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer beantragt. Dieser Schritt der sächsischen Regierung ist um so bedenklicher, da dieselbe bekanntlich aus drei sozialdemokratischen und drei radikalen Ministern besteht, so daß auch die sozialdemokratischen Minister sich mit dem Vorschlag auf Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer abgefunden haben.

Es bedarf keines Hinweis darauf, daß ein Konsumverein selbst im kapitalistisch-juristischen Sinne nicht einmal ein „Gewerbebetrieb“ ist und schon nicht einmal nach dem sozialistischen „Rechtsbegriffen“ zur Gewerbesteuer herangezogen werden kann. Was aber stimmt sich die Reaktion um ihre „Rechtsbegriffel“ die Arbeiterkonsumvereine als Organe der werktätigen Bevölkerung müssen verlangen, daß sie von jeder Steuer und Belastung befreit werden.

Der Bezirkskonsumverein in Gotha hatte bereits Anfang Dezember 1925 in einem Schreiben von der Zeitung des Thüringer Reichsverbandes verlangt, daß gemeinsam mit den Genossenschaften eine große Petition gegen die Absicht der Regierung eingelegt werden sollte. Die Verbandsleitung hat diese Aktion abgelehnt mit der Erklärung, daß man „kein Geschäft in der Öffentlichkeit machen dürfe, denn je mehr man über die Sache rede und dagegen protestiere, je mehr würde man die ganze Frage der Thüringer Regierung in Erinnerung zu rufen.“ (1) Auch ein zweiter Vorschlag des Gothaer Konsumvereins wurde nicht in der genügenden Weise beachtet. Erst dann, nachdem die Gesetzbänder im Landtag schnell unter Dach und Fach gebracht worden sollte, sind von den Thüringer Konsumvereinen eine Anzahl Petitionsbegehren zum Teil gemeinsam mit den Genossenschaften, organisiert worden.

Die Zeitung des sächsischen Reichsverbandes in Dresden hat noch viel weniger gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer getan. Der Vorstoß der Regierung ist in Sachsen noch nicht einmal mit nennenswerten Protesten beantwortet worden. Dagegen sind die Mitglieder auf die Durchführung des reaktionären Vorschlages mit berechtigtem Widerstand zurückgegangen. Der Sozialdemokrat Lehner weist in einem Artikel der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ vom 27. März noch ausdrücklich darauf hin, daß die sächsischen Konsumvereine auf dem Posten sein müßten:

„... daß dies sehr richtig und Aufforderung über das Wesen der Genossenschaften dringend erforderlich ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß es auch unter sozialistischen Abgeminderten noch Leute gibt, die a. B. der Meinung sind, daß gegen die Besteuerung der Konsumvereine nach dem Umfasse nichts einzumachen sei, wenn diese Steuer allgemein sei und alle Betriebe treffen. Also auch hier die ungenügende räumliche und zeitliche Meinung, daß man die Konsumvereine nicht als „Betriebe“ mit rechtlich gleichem Charakter zu betrachten hat.“

Lehner will hiermit aber nur ausdrücken, daß ein großer Teil der Mitglieder der rechten sozialdemokratischen Fraktion des Sächsischen Landtags mit der Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer einverstanden ist.

Die Thüringer und sächsischen Konsumvereinsmitglieder müssen auf dem Posten sein. Sie können sich weder auf die sozialdemokratischen Vertreter in dem Sächsischen und Thüringer Landtag verlassen, noch auf die sozialdemokratischen Reichsverbandsleitungen der Konsumvereine in Dresden und Erfurt. In allen Konsumvereinen müssen sie deshalb selber die Initiative ergreifen, um gemeinsame Petitionsbegehren mit den Genossenschaften und Arbeiterparteien zu veranlassen und die Vorstufe der Petition zu verhindern.

Der Zentralverband in Hamburg unterstützt bisher die Aktion der Thüringer und sächsischen Konsumvereine in vollständig ungenügender Weise. Alle Konsumvereine des Zentralverbandes müssen zu proletarischen Solidaritätsaktionen aufgerufen werden, um eine Massenbewegung mit Hilfe der Genossenschaften und Arbeiterparteien zu entfachen, die reaktionären Absichten der sächsischen und Thüringer Regierung auch tatsächlich zurück zu machen.

dere genossenschaftliche Forderungen aufgestellt werden, die eine größere Unterstützung der Erwerbslosen ermöglichen.

1. Vor allem ist notwendig, daß die Konsumvereine vom Staat und den Ländern günstige Kredite eingeräumt erhalten, damit sie den Erwerbslosen verbilligte Lebensmittel liefern können und auch weiterhin die notwendige Anschaffung von Kleidung und Schuhwerk für die Erwerbslosen gegen längere Kreditverpflichtung unterstützen können.

2. Aus den Geldern der Erwerbslosenversicherung und den sozialen Versicherungen (Kranken, Invaliden und Unfallversicherungen) sind den Konsumvereinen ebenfalls Mittel zur Durchführung sogenannter „Notstandsarbeiten“ zur Verfügung zu stellen.

3. Sehr dringend ist die Einrichtung von „Wäschereien“ und „Schuhreparaturstätten“, damit die Erwerbslosen gegen billige Vergütung ihre Hände waschen und Schuhe flicken lassen können. Was leider heute den meisten Erwerbslosen nicht mehr möglich ist.

Die „Getha-Rundschau“ vom 12. März benützt diese Forderungen zu einer Auseinandersetzung mit den Konsumvereinen. Sie erklärt, daß die Konsumvereine jedoch „tun genug seien, nicht in den rassistischen Vorurteilen zu bleiben“ — d. h. für die Forderungen der Kommunisten einzutreten. Die Genossenschaftlichen Rundschau vom 20. März, daß sie mit diesen Erwerbslosenforderungen nichts zu tun habe. Hierbei zeigt sich am offensten die Verböhmung der Erwerbslosenforderungen. Es müssen deshalb die erwerbslosen Konsumvereinsmitglieder, in den Genossenschaftsversammlungen, in den Zusammenkünften der Erwerbslosen, in der Besprechung der Genossenschaften selbst, unermüdet auf die proletarischen Klassenfragen der Genossenschaften hinweisen. Die Frauen müssen beim Eintausch in der Verteilungsstelle mit den übrigen Frauen die Frage der Beteiligung der Konsumvereine am Kampfe der Erwerbslosen besonders und vom Ehegatten verlangen, daß er den Wünschen der Mitgliederfrauen auf die Vermahlung wechelt. Darüber hinaus müssen aber die Frauen in jeder Verteilungsstelle eine Kommission wählen, die mit den Genossenschaftsmitgliedern über die Erwerbslosenfrage verhandelt. Ebenso müssen die Erwerbslosen und die Genossenschaften sofort besondere Verhandlungskommissionen wählen, die mit den Genossenschaften in Verhandlungen eintreten.

## Einführung der Vertreterversammlung in jedem Konsumverein mit über 3000 Mitgliedern

Am 12. Januar ist im Reichstag das Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsgesetz abgeändert worden, das in allen Konsumvereinen mit über 3000 Mitgliedern die Vertreterversammlung an Stelle der Generalversammlung eingeführt werden muß und daß Konsumvereine mit über 1500 Mitgliedern ebenfalls die Einführung freigestellt wird. Die kommunalverfassungsmäßige Petition hat ganz allein gegen diese Änderung energig Stellung genommen und die Absicht der Genossenschaftsführer gebrandmarkt, die eine weitere Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Genossenschaftsmitglieder vordrängen und erneut die Aktivität und Selbstfähigkeit der Genossenschaftsmitglieder einzuschränken wollen. Es handelt sich hierbei, da es ja in Genossenschaften bis zu 10000 Mitgliedern durchaus möglich ist die Generalversammlung mit der direkten Teilnahme aller Mitglieder beizubehalten, um einen neuen Schachtel der Genossenschaftsführer, die ihre Generalschaftsarbeit auch noch weiterhin damit fest begründen wollen.

In allen Konsumvereinen von 3000 bis 10000 Mitgliedern werden jetzt in der Generalversammlung die Statuten geändert, um diesen Beschluß des Reichstages durchzuführen. Bei der Abfassung der Statuten muß die Genossenschaftsinitiative durch raffinierte Anträge allen Anfeindungen, ihre Herrschaft zu verlängern, in dem u. a. eine Wahlperiode der Statuten zum Zeitpunkt der Statutenänderung festgelegt wird, die Rechtsbehelfsmittel angebracht werden soll usw.

Die Genossenschaftsmitglieder müssen deshalb sehr auf dem Posten sein. Vor Kampf muß nicht nur gegen das reaktionäre Genossenschaftsgesetz sich richten, das zur Niederlegung der Arbeiterkonsumvereine und zur Gefährdung ihrer Existenz führt, sondern auch die Genossenschaftsleiter in den Vertreterversammlungen muß erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Unsere Forderung ist, daß das Recht eingeräumt werden muß, Anträge an die Vertreterversammlungen zu stellen und hierfür selber Referenzen zu bestimmen.

Bei der Statutenänderung anlässlich der Einführung der Vertreterversammlung müssen wir insbesondere verlangen:

1. Die jährliche Neuwahl aller Delegierten zur Vertreterversammlung;
2. die Durchführung der Wahl in Wahlvereinigungen und die Anwendung der Verhältniswahl an Stelle der Mehrheitswahl;
3. auf höchstens je 20 bis 30 Mitglieder soll ein Delegierter entsenden;
4. die jährliche Neuwahl der Statutenänderungen zu Vorherrschen für unsere proletarischen Genossenschaftsforderungen benutzt werden. Diese sind vor allem:
  1. Die Anwendung der Verhältniswahl bei der Wählbarkeit;
  2. die jährliche Zur-Wahlstellung aller Wahlvereinigungen in der Vertreterversammlung;
  3. die Wahl der Delegierten zu den Genossenschaftsstagungen durch die Vertreterversammlungen an Stelle des Aufsichtsrats.

Die kommunalistischen Genossenschaftsmitglieder haben die Pflicht, mit der größten Entschlossenheit die Statutenänderung der Genossenschaftsführer zu prüfen, die raffinierten Methoden zur Aufrechterhaltung der Mehrheitsmacht der Führer zu erkennen und dafür zu kämpfen, daß in allen Konsumvereinen ein wirkliches Selbstbestimmungsrecht der Genossenschaftsmitglieder eingeführt wird, das mit der Geheimdiplomatie in den Dunkelkammern bricht und die Aktivierung und Selbstfähigkeit der proletarischen Genossenschaftsmitglieder fördert.

Genossenschaftliche Rundschau vom 12. März 1926, Nr. 3, Seite 1. Verlag: Neue Bahnen, G. m. b. H., Berlin, Wilhelmstraße 12.

## Die Konsumvereine beim Volksbegehren

Zeilweise Unterstützung und Sabotage

Die 12 1/2 Millionen Stimmen, die beim Volksbegehren zur entschuldigungslosen Entzerrung der Fraktion erreicht worden sind, haben mit Deutlichkeit gezeigt, um welche enorme Massenbewegung es sich bei der Fraktionentzerrung handelt. Über der Arbeiterfront haben sich viele feindselige Kräfte der hitzigen Parteien, entgegen ihrer Parteipolitik, am Volksbegehren beteiligt.

Es war selbstverständlich, daß auch die Arbeiterkonsumvereine das Volksbegehren in jeder Hinsicht unterstützen mußten. Wir haben deshalb für die Zeitnahme der Konsumvereine folgende Forderungen aufgestellt:

1. Beteiligung des Zentralverbandes an dem Ausschuss zur Durchführung des Volksbegehrens.
2. Beteiligung der lokalen Konsumvereine an den lokalen Ausschüssen (Einzelkommissionen).
3. Daß in einer Auflage von über einer Million erscheinende „Konsumgenossenschaftliche Volksblätter“ muß, ebenso wie die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“, in den Dienst der Entzerrungspropaganda gestellt werden.
4. Die 8000 Verteilungsstellen müssen für den Propagandabesuch zur Verfügung gestellt werden. Dorselbst sind Plakate auszuhängen, die Schaulinien zur Propaganda freizugeben usw.
5. Die Automobile und Fuhrwerke müssen mit in die allgemeinen Demonstrationen eingeschalt werden und ihnen außerdem durch entsprechende propandistische Aufmachung mittels Transparenten, Plakaten usw. täglich Tausende für die Sache des Volksbegehrens in Stadt und Land gewinnen.

Diese Forderungen hätten die Konsumvereine erfüllen müssen, um von sich aus alles zur Verhinderung der unerhörten Forderungen der Fraktion zu tun. Die Genossenschaftsführer haben aber feindselig die erste Pflicht gehabt, diese Aufgaben durchzuführen. Die Konsumvereine sind in keinem Einzelstadium beteiligt. Der große Kampf des Zentralverbandes in Hamburg ist nicht zum Volksbegehren zur Beteiligung gestellt. Im Gegenteil sollen die Zentralinstanzen eine geheime Anweisung herausgegeben haben, daß die Konsumvereine an der Propaganda für das Volksbegehren nicht teilnehmen dürfen. Sowohl haben sich diese „Neutralitäts“-phantasien mit ihrer Genossenschaftlichen Rundschau, die eine proletarische Massenbewegung für die Fraktionentzerrung zu sabotieren versucht, Deshalb sind nur in einzelnen Konsumvereinen die Verteilungsstellen und Rückwärts für die Propaganda zum Volksbegehren zur Verfügung gestellt. Diese reaktionäre Haltung der Genossenschaftsführer, die ihren Handlung für die Erfüllung der Fraktionforderungen gerechtfertigen, hätte sich nicht aufrechten können, wenn die Mitglieder der Arbeitergenossenschaften den notwendigen Druck erzeugt hätten, diese Sabotage der Genossenschaftsführer zu durchbrechen.

Bei dem Volksbegehren darf diese zweideutige Haltung des Zentralverbandes nicht mehr vorhanden sein. Der Druck der Mehrheitsmacht muß in den Konsumvereinen so verstärkt werden, daß die Genossenschaftsfraktion ihre Sabotage aufzugeben gezwungen ist. Die beste Vorbereitung dazu ist, daß jetzt die Mitglieder in allen Konsumvereinen Verbindung mit der Genossenschaftsfraktion halten. In allen Verhandlungen der Konsumvereine — selbst bei der Wahlenahme in der Verteilungsstelle — muß Nachdruck verlangt werden von der Genossenschaftsfraktion. Denn nur durch die Mobilisierung der

proletarischen Genossenschaftsmitglieder kann erreicht werden, daß die Arbeiterkonsumvereine bei der Durchführung des Volksbegehrens ihre ganze Kraft einbringen und die aufgestellten Forderungen wirklich durchführen.

## Kooperativ-Beratung der Erweiterten Gewerkschaften in Moskau

Anlässlich des Besuchs der Erweiterten Gewerkschaften in Moskau fand auch eine spezielle Kooperativ-Beratung statt, in welcher Vertreter aus den Parteien aller Länder anwesend waren. Es mußte dort ein Mischbild gehalten werden über die internationale kommunistische Genossenschaftsarbeit seit der 2. Internationalen Konferenz kommunistischer Genossenschaftler, die 1924 stattfand. Dabei wurden erstens die Fortschritte unserer Arbeit in vielen Ländern festgestellt. In England, der Schweiz usw. kann überhaupt erst seit der zweiten Konferenz von dem Anfang einer kommunistischen Genossenschaftsarbeit gesprochen werden. Natürlich wurden auch die noch vorhandenen Mängel unserer Genossenschaftsarbeit, die Aufgaben und Wege zur Bekämpfung derselben, Gen. R. u. g. r. gab den Bericht der Kooperativberatung über die Arbeit der letzten zwei Jahre, während Genossenschaftler A. o. ein Referat über unsere nächsten Aufgaben hielt. Die Diskussion, an der sich Vertreter fast aller Länder beteiligten, war sehr fruchtbar. Als Ergebnis der Beratung wurde eine Resolution angenommen, die die Methoden der kommunistischen Genossenschaftsarbeit behandelt und mit Nachdruck eine noch viel intensivere Bekämpfung der Genossenschaftsarbeit mit dem Massenstrang der Genossenschaftsarbeit verlangt. An der Beratung nahmen von Deutschland drei Vertreter teil. Der ausführliche Bericht über die Kooperativ-Beratung wird in einer Sondernummer der „Anprecher“ in Wien, bzw. in der Aprilnummer der „Genossenschaft im Kampfe“, Bulletin der Kooperativsektion der kommunistischen Internationale, veröffentlicht.

## Für die Unterführung der Erwerbslosen

Die Zahl der Erwerbslosen und Arbeitslosen hält noch ständig an. Durch die Kraft der Arbeiterfront sind bisher nur in geringem Maße die Forderungen der Erwerbslosen durchgesetzt worden. Die Sozialdemokratie, der ADGB, und die Genossenschaften haben keinerlei ernsthafte aktive Hilfe für die Durchführung der Erwerbslosenforderungen geleistet.

Eine größere Anzahl Arbeiterkonsumvereine haben die Tat und das Etos der Erwerbslosen zu mildern versucht, indem eigene Unterführungsmöglichkeiten seitens der Konsumvereine durchgeführt wurden. Es ist Prof. Meißel usw. beteiligt, andere Konsumvereine haben Gleiches ausgedacht, mit denen die Erwerbslosen aus den Verteilungsstellen Waren entnehmen können. Es muß festgehalten werden, daß eine solche sozialistische Unterführungsmöglichkeit der Arbeiterkonsumvereine in der Zeit nach dem Kriege noch nie in solcher Weise durchgeführt wurde, wie bei der letzten Massenarbeitslosigkeit der neuen Krise. Natürlich sind die Mittel zur Durchführung der Unterführung viel zu gering, als daß eine wesentliche Erleichterung der Lage der Erwerbslosen damit erreicht werden kann, und die Mittel müssen durch die Arbeiterfront selber aufgebracht werden.

Die Konsumvereine haben deshalb die proletarische Pflicht, teilzunehmen an dem Kampf der Erwerbslosen und der gesamten Arbeiterfront für die ausreichende Erwerbslosenunterführung durch den Staat und die Durchführung aller Forderungen der Erwerbslosen. Mithin den allgemeinen Erwerbslosenforderungen müssen seitens der Genossenschaften inabesonder-

# Gewerkschaftsbewegung

## Konsumverein und 1. Mai

Da Berlin bestand, wie uns mitgeteilt wird, bei der Vermaltung der Konsumgenossenschaft ursprünglich die Pflicht, den Betrieb und die Verhältnisse des 1. Mai teilweise offen zu halten. Auf Einpruch des Betriebsrates und der Gewerkschaften wurde diese Pflicht demnach und namentlich der Beschluß gefaßt, die Betriebe und Verkaufsstellen am 1. Mai völlig geschlossen zu halten.

Auf in anderen Orten spielt diese Frage jetzt eine Rolle. An mehreren Orten haben verschiedene Verwaltungsstellen den für eine stundenlange Arbeitslosigkeit eigentlich selbstverständlichen Beschluß der völligen Arbeitsruhe gefaßt, während andere eine spannende Stellung einnehmen.

Wenn die Konsumvereine stets ihre proletarische Pflicht erfüllen und ihre Mitgliedschaft an Hand aller die Konsumangelegenheiten betreffenden Fragen zu Klären bemüht sind, könnten sie unter Umständen dieses Frage überhaupt nicht gestellt werden. Denn jede Arbeiterpartei, jeder Arbeiter weiß, daß der 1. Mai einer der größten Feiern und Kampftage des internationalen Proletariats ist, an dem auch die Angehörigen der Arbeiterpartei der Konsumvereine an der allgemeinen Arbeitshaltung teilnehmen sollen. Wenn bei den einzelnen Lohn- und Unterhaltungsstellen heute ein Einverständnis durch einige Opfer erfordert wird und gerade der Sonnabend der Hauptkampf der Arbeiterfamilien ist, so wird doch, da es sich um den 1. Mai handelt, sich ein Weg finden, auch den Konsumvereinen die Teilnahme zu ermöglichen und den Konsumvereinen ein Weg zu zeigen, um an dem 1. Mai die größeren Einkünfte zu verdienen, ohne am Beginn der Woche vor dem 1. Mai sich auf die Schwierigkeiten einstellen, damit nicht dem Konsum der Umfang zugunsten der Privatwähler eintritt wird.

Die Parole muß sein: Die Konsumvereine am 1. Mai völlig geschlossen, und nur den breiten Massen eine Ermäßigung an dieser Sachlage zugunsten der Konsumvereine! Nach fast drei Wochen haben die Verwaltungen vor sich, um eine rege Mobilisierungsbewegung unter den Mitgliedern zu entfachen! Auf, an die Arbeit!

## DMB-Versammlung Torgau

Am 9. April fand im Restaurant „Quelle“ die Mitgliederversammlung des DMB in Torgau statt. Zu der Diskussion über verschiedene Punkte des Tagesordnungs der DMB kam eine wichtige Abstimmung zum Ausdruck, daß die Kollegen nur zum Besonderen der Sache und der DMB gar nicht einfallen, eine Verbesserung der Lohnfrage der Metallarbeiter herbeizuführen. Das wurde durch den Vorsitzenden des DMB, den Kollegen, sich einen Zusammenhang stellen zu lassen, wenn die Höhe für einen Betrieb „untragbar“ seien. Niemand ist zu bemerken, daß endlich der Kampf gegen die Ausbeutung gemeinsam aufgenommen werden soll. Wie sieht es aus in den Betrieben? Soweit in Torgau über Haupt Betriebsräte vorhanden sind, hat der Unternehmer sich in der Regel nicht in der Lage gegeben, es liegen bis auf Lohnfragen, Höhe mit Unterschied von 24 bis 65 Pfennig pro Stunde hin zu verzeichnen. Die Auszahlung des sauer verdienten Lohnes wird nach Belieben gemacht. Und dann wird von den Arbeitern den ganzen Tag geschrien: „Schaffe, schaffe!“ Es fehlt nur noch die Kräfte.

Künftig sollte in einem Betrieb ein Betriebsrat gewählt werden. Mitglieder von der DMB war selbst erschienen. Der Meister des Betriebs erklärte, daß die Arbeit doch nur noch kurze Zeit dauere, und höher schloß sich darauf an den Erklärungen des Meisters an, daß man deshalb gar keinen Betriebsrat mehr zu wählen brauche. In dem Handbroschen weist dieser an, daß überall Betriebsräte gewählt werden sollen, und in der Praxis macht er es so.

Die Verammlung beschloß, demnächst eine öffentliche Metallarbeiterversammlung zu veranstalten, auf der Kollege seine Bericht über die Betriebsräte vorlesen lassen soll. Die Verammlung soll zu gleicher Zeit die Werbung neuer Mitglieder beinhalten. Dann gab die Kollege die Beschlüsse der DMB über den Kartellvertrag. Der Punkt Meißner wird eine rege Diskussion hervor. Die SPD-Kollegen Schwanberg und Franke hatten im Kartell einen Antrag gestellt, die Meißner nicht zum Kartell zu veranlassen, sondern getrennt der SPD und KPD zu überlassen, was aber abgelehnt wurde. Man sagte es sich, daß man auch im DMB norderarbeiten hätte, um die Einheitsfront der Kollegen zu unterbinden. Kollege Voigt trennte diese Methoden und auch noch einmal die Tatsache, daß man einem Kollegen, der 27 Jahre Gewerkschaftler ist und im Kartell bemüht hat, wie man Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Kollegen leistet, die Befähigung als Kartellmitglied verweigert.

Im Punkt „Verständliches“ zeigte die Kollege Voigt folgende Anträge für den Verbandstag mit eingehender Begründung, die einstimmig angenommen wurden:

**Antrag zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit aller Metallarbeiter**

In der Metallindustrie ist nicht nur eine große Anzahl von Arbeitern unorganisiert, sondern es werden auch durch die Politik

**Der Kampf um den Achtstundentag**

Am 1. April fand im Restaurant „Quelle“ die Mitgliederversammlung des DMB in Torgau statt. Zu der Diskussion über verschiedene Punkte des Tagesordnungs der DMB kam eine wichtige Abstimmung zum Ausdruck, daß die Kollegen nur zum Besonderen der Sache und der DMB gar nicht einfallen, eine Verbesserung der Lohnfrage der Metallarbeiter herbeizuführen. Das wurde durch den Vorsitzenden des DMB, den Kollegen, sich einen Zusammenhang stellen zu lassen, wenn die Höhe für einen Betrieb „untragbar“ seien. Niemand ist zu bemerken, daß endlich der Kampf gegen die Ausbeutung gemeinsam aufgenommen werden soll. Wie sieht es aus in den Betrieben? Soweit in Torgau über Haupt Betriebsräte vorhanden sind, hat der Unternehmer sich in der Regel nicht in der Lage gegeben, es liegen bis auf Lohnfragen, Höhe mit Unterschied von 24 bis 65 Pfennig pro Stunde hin zu verzeichnen. Die Auszahlung des sauer verdienten Lohnes wird nach Belieben gemacht. Und dann wird von den Arbeitern den ganzen Tag geschrien: „Schaffe, schaffe!“ Es fehlt nur noch die Kräfte.

Künftig sollte in einem Betrieb ein Betriebsrat gewählt werden. Mitglieder von der DMB war selbst erschienen. Der Meister des Betriebs erklärte, daß die Arbeit doch nur noch kurze Zeit dauere, und höher schloß sich darauf an den Erklärungen des Meisters an, daß man deshalb gar keinen Betriebsrat mehr zu wählen brauche. In dem Handbroschen weist dieser an, daß überall Betriebsräte gewählt werden sollen, und in der Praxis macht er es so.

Die Verammlung beschloß, demnächst eine öffentliche Metallarbeiterversammlung zu veranstalten, auf der Kollege seine Bericht über die Betriebsräte vorlesen lassen soll. Die Verammlung soll zu gleicher Zeit die Werbung neuer Mitglieder beinhalten. Dann gab die Kollege die Beschlüsse der DMB über den Kartellvertrag. Der Punkt Meißner wird eine rege Diskussion hervor. Die SPD-Kollegen Schwanberg und Franke hatten im Kartell einen Antrag gestellt, die Meißner nicht zum Kartell zu veranlassen, sondern getrennt der SPD und KPD zu überlassen, was aber abgelehnt wurde. Man sagte es sich, daß man auch im DMB norderarbeiten hätte, um die Einheitsfront der Kollegen zu unterbinden. Kollege Voigt trennte diese Methoden und auch noch einmal die Tatsache, daß man einem Kollegen, der 27 Jahre Gewerkschaftler ist und im Kartell bemüht hat, wie man Gewerkschaftsarbeit im Interesse der Kollegen leistet, die Befähigung als Kartellmitglied verweigert.

Im Punkt „Verständliches“ zeigte die Kollege Voigt folgende Anträge für den Verbandstag mit eingehender Begründung, die einstimmig angenommen wurden:

**Antrag zur Herstellung der Gewerkschaftseinheit aller Metallarbeiter**

In der Metallindustrie ist nicht nur eine große Anzahl von Arbeitern unorganisiert, sondern es werden auch durch die Politik

**Die Unternehmeroffensive gegen den Achtstundentag**

Mit dem Beginn des Jahres 1920 haben die Unternehmer gegen den „hematischen Achtstundentag“ wie sie es genannt haben — eine Offensive geführt, und wir wissen, daß dabei eine ganze Anzahl reformistischer Gewerkschaftsführer mitgeholfen haben. Wir haben selbst oft genug in den Auseinandersetzungen mit den Reformisten auf den Verhandlungen und den großen Volksversammlungen ihre Reden gehört. Sie haben immer gesagt, erst müßte die Wirtschaft aufgebaut, erst müßte dem Unternehmern, der Industrie geholfen werden. So sagte auch **Craeman** auf dem Verbandstag der Metallarbeiter in Kiel im Jahre 1924, erst müßte die Industrie gesund, die man Konzeptionen in der Frage der Arbeitszeit machen könne. Die Aufhebung des Achtstundentages in Deutschland am 21. Dezember 1923 zeigt uns, wie unheimlich unartig die Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion dem Durchbruch des Achtstundentages zugestimmt hat und daß die Widerarbeit gerade so viel Mut aufbrachte, sich unter Führung von **Dihmann** vor der Abstimmung zu entscheiden. Heute gegen sogar die Reformisten untereinander zu, daß sich selbst die unheimlich unartig hat. Es will nur ein Blick des Vorlesenden des DMB, Leipzig, aus seiner kleinen Broschüre über das Arbeitszeitgesetz, 1924, im Verlag des DMB, erschienen, zitieren. Er sagt:

„Es fanden sich sogar Angehörige und Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, die in Wort und Schrift die Argumente der Unternehmer gegen die Achtstundentag schließlichen Gewerkschaften wiederholten und kritiklos unterstützten.“

Wie die Vertreter **Siedermann, Kaliski, Striemer, Cohen, Reil, Schappel, Lindemann und Hilferding**, welche die Unternehmer weidlich in ihren Zeitungen als Zeugen gegen den Achtstundentag ausstufen, tragen an dem Raub des Achtstundentages ein gerüttelt Maß Schuld. Es ist mit Hilfe der SPD-Führerschaft des Unternehmerrats gelungen, der Arbeiterpartei den Achtstundentag zu nehmen.

Wir haben in Deutschland große Kämpfe gesehen, immer gegen den Willen der Gewerkschaften. Wir haben das auch in anderen Ländern gesehen, so in Polen, wo im Februar dieses Jahres

des Vorstandes, der Mehrzahl der Bezirksleitungen und Ortsvereinigungen viele Metallarbeiter, die als Klassenkämpfer erprobt sind, zu erlangen, die dem DMB ferngehalten sind. Es sind dies jene Kollegen, die infolge politischer Differenzen ausgeschlossen wurden oder aber seinerzeit der Union angehörten. Um erfolgreiche Kämpfe gegen das geschlossene Industriekapital führen zu können, ist es notwendig, daß reifere alle Arbeiter der Metallindustrie die Organisation des DMB, organisiert werden. Alle Hemmnisse, die dem Ziel im Wege stehen, müssen sofort beseitigt werden. Der 17. Verbandstag beschließt daher:

- a) Alle seit 1921 aus dem DMB ausgeschlossenen Kollegen, soweit ihr Ausschluß nicht wegen Streikbruchs, Unterdrückung, Denunziation und ähnlichen erzielten Strafmassnahmen erfolgte, werden wieder aufgenommen und ihre alten Rechte wiederhergestellt.
- b) Allen Metallarbeitern, welche bisher in anderen Organisationen waren, wird im Falle ihrer Bereitwilligkeit, ohne nochmals Eintrittsgeld zu zahlen, der Beitritt in den DMB, ermöglicht. Ganz besonders gilt dieses für alle die Kollegen, die Mitglieder der ehemaligen Union waren bzw. noch in dem sogenannten Industrieverband (Weiner) organisiert sind. Es ist ihnen die Mitgliedschaft im DMB gestattet, wenn diese Kollegen angetrieben werden.
- c) Die Wiederannahme bzw. der Beitritt der unter a) und b) aufgeführten Kollegen erfolgt auch, wenn sie zurzeit arbeitslos sind.

### Antrag betreffs Aufnahme erwerbsloser Metallarbeiter

Um wirkungsvoll unter den erwerbslosen Metallarbeitern für den Verband arbeiten zu können, ist es notwendig, daß diese zur Zeit ihrer Erwerbslosigkeit in den Verband aufgenommen werden können. Die gewerkschaftliche Erziehung der Inorganisierten ist um so notwendiger, weil sie ohne feste Verbindung mit der Gewerkschaft nur allzu leicht von den Unternehmern als Lohnbrücker und Streikbrecher benutzt werden können.

Der 17. Verbandstag beschließt daher, daß Metallarbeiter auch während ihrer Arbeitslosigkeit aufgenommen werden können. Dieselben haben ein Eintrittsgeld von 50 Pfennig und einen Wochenbeitrag von 10 Pfennig bis zur Wiedereingliederung ihrer Erwerbslosigkeit zu zahlen.

Die so aufgenommenen Kollegen erhalten kostenlos die „Metallarbeiterzeitung“ und sind berechtigt, sich an allen Mitgliedsversammlungen und Abstimmungen zu beteiligen. Ein Anspruch auf Unterstützung tritt erst nach Eintritt der im Statut vorgezeichneten Anzahl von Beitritten ein.

Zwecks Beförderung dieser Anträge in allen anderen Ortsgruppen wird der Vorlesende, Kollege Böge, beauftragt, sich an alle in der Niederlausitz befindlichen Ortsgruppen zu wenden, damit auch diese geschlossen hinter den Anträgen stehen und dieselben ebenfalls bis zum 26. April einreichen.

Ein dritter einstimmig angenommener Antrag des Kollegen Böke lautet:

**Antrag betreffs Kampf um höhere Löhne**

Da die letzten Löhne der Metallarbeiter vollkommen für den Lebensbedarf unzureichend sind, beschließt der 17. Verbandstag, einen Tarif, der der Lebenshaltung entspricht, dem Unternehmern zu unterbreiten, widrigenfalls den Kampf in allen großen Zentren aufzunehmen.

### Die Deliktischer Bauarbeiter nehmen Stellung zum außerordentlichen Verbandstag

In einer Mitgliederversammlung des Bauergewerksbundes gab der Bezirksleiter Bielig, Leipzig, Bericht über den Verbandstag des DMB. Die Deliktischer Kollegen hatten daran ein besonderes Interesse, da sie bestimmtlich selbst Anträge gestellt hatten. Die Anträge behandelte Bielig, Leipzig, in der Erwähnung der Verbandstag gehaltenen Anträge, die zum Teil vom Bundesbeirat in einstimmiger Form den Delegierten vorgelegt wurden. Sie fanden ziemlich reifliche Ablehnung der Angehörigen des Bauergewerksbundes. Im Großen und Ganzen war, nach den Ausführungen Bielig, die Hauptaufgabe der Verbandstages in der Erwähnung der Beiträge zu erfüllen, welche mit 183 gegen 48 Stimmen beschlossen wurde. Bielig bezeichnete die von der Bauergewerkschaft Deliktischer eingereichten Anträge als das **Machwerk einer ganz bestimmten Gruppe von Kollegen.**

Der anwesende Bundesdelegierte **Graf Paul Söfel, Eisenburg**, hatte Gelegenheit, an Hand seiner Erfahrungen auf dem Verbandstag den Bericht Bielig zu ergänzen und richtigzustellen. Er erklärte, daß der Kampfbundestag nicht das Wohl und Wehe der Mitglieder vertreten hat, sondern höchstens die 173 Anträge der einzelnen Bauergewerkschaften in den Papierkorb geworfen habe. Kollege **Wahl** nahm die Rede Bielig's gründlich unter die Lupe und bemerkte, daß die von der Bauergewerkschaft Deliktischer eingereichten Anträge durchaus berechtigt sind. Es ist fernerhin von Bielig zu erklären, daß, weil die Anträge fehlerhaft und mit Schreie-

maschine hergestellt seien, sie von einer kommunikativen Gruppe (Kommunisten) der Anträge waren ja sogar von Barzillien bzw. SPD-Kollegen gestellt und hatten die Zustimmung der gesamten Kollegenchaft erfahren. Die Deliktischer Kollegen sind nicht gegen eine Betrageerhöhung, aber sie sind dagegen, daß man eine solche Erhöhung dem, um die soziale Unterdrückung weiter fortzuführen zu können. Aus dem Sachverständigenbericht des DMB geht hervor, daß zum Ein Drittel der Gehältern für Krankheits- und Erwerbslosenerkrankungen verwendet wurden, während der Bauergewerksbund eine Kampfgewerkschaft der Bauarbeiter und nicht eine Hilfsstelle für den Staat und die Kranterversicherung sein soll.

Einstimmig erklärten sich die Deliktischer Kollegen hinter die von Bielig und Söfel vorgelegene Abstimmung. Es ist in der Lage der jassen Kollege des Verbandes ein Ende zu machen, wenn wir aus voller Kraft unsere Gewerkschaftsarbeit erfüllen. Alle Kollegen reiflos organisieren, sie reiflos zur Beteiligung an den Versammlungen aufzufordern, mit aller Kraft gegen die falsche Politik der Verbandseinstimmungen anzukämpfen, das ist der Weg, damit die Bauergewerkschaft die erste freigeberkschaftliche revolutionäre Kampfgewerkschaft der Arbeiterklasse wird.

### Die SPD-Wespe schwindelt aus Prinzip

**„Landwirtschaft und Erwerbslosenerfürger“**

Das sozialdemokratische redigierte DMB-Organ, sämtliche sozialdemokratischen Landarbeiterzeitungen sowie der größte Teil der SPD-Tagespresse unter Einfluß des „Bormarsch“ veröffentlichen eine Klage unter der Ueberschrift „Landwirtschaft und Erwerbslosenerfürger“, in der mitgeteilt wird, der obersteinständige Provinzialverband habe gegen die Stimmen der Kommunisten folgende Forderungen erhoben:

„Die Arbeitslosenversicherung unter Einbeziehung der Landarbeiter im Reichstag baldigst zur Verabschiedung zu bringen.“

Tatsache ist, daß kein solcher Antrag vorlag und auch nicht beschlossen wurde. Solange die landliche Arbeitslosenfürger nicht durchgeführt ist, werden wir uns selbstverständlich dagegen, daß die Bauergewerkschaft durch Ausnahmestimmungen von der beschriebenen Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen wird. Der im obersteinständigen Provinzialverband beschlossene Antrag fordert jedoch:

- a) Die Arbeitslosenversicherung im Reichstag baldigst zur Verabschiedung zu bringen,
- b) bis dahin unter Einbeziehung der Landarbeiter die Unterhaltungsätze für die Arbeitslosen wesentlich zu erhöhen und die Bauarbeiterunterstützung einzuführen,
- c) Die Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner zu erweitern.

Durch die Vermählung verschiedener Tagesblätter die SPD, unter anderem auf die Verletzung der Arbeitslosenversicherung im Reichstag festzuhalten, was sie mit Recht abgelehnt haben. Den Absätzen b) und c) des Antrages dagegen können wir zustimmen. Allerdings muß hervorzuheben werden, daß die beiden Absätze ungenügend sind, zumal sie absolut nicht konform mit der Arbeitslosenversicherung erfüllt werden sollen. Außerdem enthält der Absatz b) nicht die Forderung auf Beteiligung der gegen die Landarbeiterzeitung bestehenden Ausnahmebestimmungen, sondern fordert nur, die Unterhaltungsätze für diejenigen zu erhöhen, die bereits Unterstützung erhalten. Wie der Reichstag dieser Forderung nachkommen ist, bzw. wollen wir aus der am 26. März 1928 vom Gewerkschaft Radel im Reichstag gehaltenen Rede folgendes zitieren:

„Inbesondere der Reichstag, den der Reichstag im Februar d. J. gefaßt hat, dient eigentlich nur zur Verabredung der Erwerbslosen, als daß er ihnen wirksame Hilfe bringt. Der Reichstag beschloß eine Erhöhung in Höhe von 20 Prozent für die Arbeiter im Jahre 21 und 10 Prozent für die Erwerbslosen über 21 Jahre. Er befristete aber gleichzeitig diese Erhöhung auf die Dristklassen A, B, C, während die Dristklassen D und E nicht einbezogen worden sind. Die Wirkung dieses Beschlusses sehen wir jetzt drücken. Von Seiten der Behörden wurde eine gewalttätige Unterdrückung gegen die Erhöhung der Unterhaltungsätze eingeleitet. Ich habe dem Herrn Reichsarbeitsminister einige Schreiben Erwerbsloser zugeleitet, aus denen hervorgeht, daß Erwerbslose, die bisher ihre Unterstützung nach Dristklasse B und C bezogen, jetzt einfach aus diesen Dristklassen herausgenommen und in die Dristklasse D und E eingruppiert werden. Damit für die Schichten der Erwerbslosen die erhöhte Unterstützung nicht zufließen kann.“

Die von der SPD-Wespe als Prinzip verbreiteten Schwindeleien werden darum höchstensfalls mitteilen, der SPD, die Masse vom Gesicht zu ziehen.

### Heute 7 1/2 Uhr Fortsetzung des Gewerkschaftsursus in Halle (Produktiv-Gewerkschaft)

eine Zunahme der Arbeiter, die mehr als acht Stunden pro Tag arbeiteten. In der Fertigungsindustrie war die Krise schon eingetreten, während in der Schwerindustrie die Krise damals noch nicht vorhanden war, darum trat erst später die Verminderung der Arbeitszeit ein.

Erneute des Fabrikarbeiterversandes über die chemische Industrie in Hamburg am 29. August 1925 ergab folgende Zahlen: In diesem Industriegebiet arbeiteten 48 Stunden pro Woche 9666 Männer und 3991 Frauen, von 48 bis 51 Stunden arbeiteten 210 Männer und 388 Frauen, von 51 bis 54 Stunden arbeiteten 857 Männer und 417 Frauen; aber über 54 Stunden pro Woche, also mehr als neun Stunden am Tag, waren 1360 Männer und 200 Frauen beschäftigt. Gegenüber 1924 hat die Zahl der Arbeiter der chemischen Industrie in Hamburg, die mehr als neun Stunden täglich arbeiteten, um 420 zugenommen. Der Fabrikarbeiterversand muß aber erklären, daß die Anträge nicht ganz erfüllt sind, daß das Bild in der Statistik noch nicht vollständig ist, weil es Großbetriebe, in denen die gewerkschaftliche Organisation schlecht ist, 60 Stunden in der Woche arbeiten und in der Etwaete nicht einbezogen sind. Außerdem sind die Betriebe mit geringem gewerkschaftlichen Einfluss nicht in der Umfrage einbezogen, und die Gewerkschaften kennen nicht, wie die Arbeiter unter der Woche die Arbeitszeit länger ist. Auf dem DMB-Kongress wurde mitgeteilt, daß in B a e r n 68 Prozent der Arbeiter mehr als acht Stunden arbeiten. In einzelnen Betrieben der ICG und des Siemens-Konzerns, die mit Arbeiter für das Ausland beschäftigt sind, finden die Arbeitszeit überhaupt keine Grenzen. Die Nachforschung hat festgestellt, daß die Arbeiterzeit in voller Höhe, wenn der Unternehmer das will. Und wir sehen, daß zu gleicher Zeit, wo riesenhafte Leberarbeit geleistet wird, Millionen Arbeiter erwerbslos auf der Straße stehen.

Die Leberarbeit im Bergbau ist ebenfalls sehr ausgedehnt. Nach offizieller Statistik hat im dritten Quartal 1925 ein Durchschnitt jeder Bergarbeiter in O b e r s a h l e n 5,6 Leberarbeiten gemacht. Wohlgeachtet, nicht etwa Leberarbeiten, sondern Leberarbeiten! In den anderen Bergbauabteilungen, wie z. B. in A c h e n, kamen auf jeden Arbeiter 3,2 Leberarbeiten, im Braunkohlenbergbau 2,6 bis 2,8 bis 5,4 Leberarbeiten usw. Aber auch in den anderen Industriegebieten, so z. B. im Oberbergamtsbezirk R a u s c h a l in Harz, wurden 5,9 Leberarbeiten im gleichen Quartal gemacht. Umgerechnet auf die Arbeitszeit sehen wir, daß nach der amtlichen Statistik die Arbeitszeit in Oberdeutschland für jeden Arbeiter im Durchschnitt fast 8,90 Stunden 8 Stunden und 54 Minuten beträgt. 3,6 m nicht die Angaben nicht, die werden, nur noch erwähnen, daß im mitteldeutschen Braunkohlengebiet, also bei Leberarbeiten, die Arbeitszeit pro Arbeiter fünf 10 Stunden 10 Stunden und 40 Minuten beträgt.

(Schluß folgt.)

